

Der Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Sonnabend, den 12. Oktober 1901.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Um den Mindestwucher.

Seit kurzer Zeit vollziehen sich im hochschutznörrischen Lager Schiebungen, die, so versteht es auch sein mag, in ihnen Verweise für den Zerfall der zwischen den Agrariern und den industriellen Hochschutznörrern abgeschlossenen Koalition setzen zu wollen, doch immerhin ein gewisses Interesse beanspruchen, da sie zur Kennzeichnung der Interessenpolitik des Schlotjunkerthums manches beitragen. Ein Beispiel derartiger Schiebungen bietet die neuerliche Stellungnahme der „Post“ gegenüber dem Doppelzolltarif, jenes Organs, das als früherer Repräsentant freihändlerischer Auffassungen auch jetzt noch seine vornehmste Aufgabe darin findet, die Meinungen der Gruppe der nordwestdeutschen Stahlindustriellen zu vertreten, bekanntlich der goldbegehrtesten Section des Centralverbandes deutscher Industrieller. Als Anfang August das Direktorium des Centralverbandes jene bekannte Resolution faßte, die sich zwar für die im Zolltarif-Entwurf enthaltenen Getreidezölle, aber gegen ihre Festlegung in einem Minimalzolltarif aussprach, wußte dieses Blatt zur Verhütung der über den schändlichen „Vertragsbruch“ empörten Agrarpresse sofort zu versichern, die Erklärung des Direktoriums richte sich nur gegen die Verletzung der „Parität“, d. h. gegen die einseitige Verschönerung der Landwirtschaft mit Minimalzöllen; würden auch der Industrie derartige Minimalzölle zugestanden, so wäre die Verständigung zwischen Industrie und Landwirtschaft wieder hergestellt. „Geht“, heißt es zum Beispiel in einer der damaligen Auslassungen, „wie der Wortlaut der Kundgebung des Direktoriums des Centralverbandes deutscher Industrieller anzudeuten scheint, die Auffassung dieser Körperschaft dahin, daß die Parität zwischen Landwirtschaft und Industrie auch in Bezug auf die Festsetzung von Minimalzöllen zu wahren sei, so würde sich daher als Grundlage einer gemeinsamen Aktion von Landwirtschaft und Industrie die Ergänzung des Zolltarif-Entwurfs durch Festlegung von Minimalzöllen wenigstens bei einigen derjenigen Zollpositionen empfehlen, auf welche die deutsche Industrie im Interesse eines wirksamen Schutzes gegen den Wettbewerb des Auslandes das größte Gewicht legt.“

Und bei dieser Ansicht, daß es notwendig sei, durch Ergänzung des Minimalzolltarifs die brüchig gewordene „Parität“ wieder herzustellen, beharrte das um einen „ehrlichen Ausgleich“ besorgte Blatt auch dann noch, als es von seinem Rivalen, den speziell die Ansichten des Essener Meisters oder genauer des Herrn Geheimrats Jende vertretenden „Berl. Neuesten Nachrichten“, von oben herab abgefertigt wurde. Indes länger als ungefähr sieben Wochen hat die Ueberzeugung der „Post“ von der Nützlichkeit einer Erweiterung des Minimalzolltarifs doch nicht vorgehalten. Die Essener Auffassung hat im Centralverband, wenn auch einige Delegierte, wie z. B. der Geh. Reg.-Rat König und der Kommerzienrat Vorster, kürzlich noch auf der Versammlung im Berliner Architektenhaus für das Doppelzolltarif-System eintraten, die Oberhand erlangt, und so hält es wahrheitsgemäß — auf Anweisung ihrer Gönner — nun auch die „Post“ für opportun, ebenfalls gegen den allgemeinen Doppelzolltarif Stellung zu nehmen, und zwar ganz im Sinne der geheimräthlichen Argumentation des Herrn Jende auf der oben erwähnten Berliner Delegiertenversammlung. Im Gegensaß zu ihren Ausführungen im August schreibt sie heute:

„Wir haben bereits in einer früheren Nummer darauf hingewiesen, daß wir uns mit dem Vorhaben des Bundes der Landwirthe nicht befreunden können, den Minimalzolltarif außer für Getreide auch auf eine Reihe sonstiger schutzbedürftiger Artikel auszuweiten. In diesem Standpunkte kommen wir nicht aus irgend einer Voreingenommenheit gegen den Doppelzolltarif an sich, sondern weil ein derartiger Plan eine völlige Umkehrung und Umarbeitung des Tarifentwurfs, erneute Erhebungen, Beratungen und Bundesratsbeschlüsse notwendig macht; er entspricht sonach den Wünschen der Tarifentwurfsgegner, die ja eingestandenemassen auf eine Verschleppung der Verhandlungen hinwirken, um ein rechtzeitiges Zustandekommen des autonomen Zolltarifs zu verhindern. Gelingt ihnen dieses, dann können auch keine Verhandlungen für ein neues Vertragsabkommen angestrengt werden, weil diesen ja alle Grundzüge fehlen. Dann würde im allerungünstigsten Falle unsere Produktion auf einen Fortbestand der alten Verträge zu rechnen haben und wir können uns nicht denken, daß die schutzbedürftigen Erwerbszweige an einem derartigen Ausgange ein Wohlgefallen, geschweige denn ein Interesse haben könnten. Es hat sich gezeigt, daß der Doppelzolltarif keine wirkende, sondern eine zerstörende Wirkung auf die Schutzgüter ausübt und daß eine Ausdehnung der Minimalzölle nur das Schlimmerste in Frage stellt.“

Doch wenn auch jetzt der Centralverband sich gegen das Doppelzolltarifsystem ausspricht, Ende vorigen Jahres haben seine fünf Vertreter in Wirtschaftlichen Ausschuss für dieses System gestimmt und wer weiß, ob, wenn auf andere Weise die erhofften Ertragszölle nicht zu erlangen sind, in den Kreisen der Centralverbändler die Ueberzeugung nicht wieder umschlägt. Eine solche neue Schwankung ist gar nicht so unwahrscheinlich, und dann sieht die „Post“ vielleicht in die Notwendigkeit verkehrt, wiederum den Doppelzolltarif zu empfehlen. Also Vorwärts! So fährt denn das Blatt fort:

„Grundsätzlich herrscht ja auch über die Mindesttarife ein Einverständnis; so hat u. a. der freikonservative Abg. Vorster in der Delegiertenversammlung des Centralverbandes deutscher Industrieller betont, daß Doppelzolltarife an und für sich kein Hindernis für Vertragsabschlüsse sind. Amerika und Frankreich haben damit

sogar sehr günstige Verträge abgeschlossen. Für Amerika besonders ist der Doppelzolltarif das Mittel geworden, um ganz besondere Ergebnisse einzuernten, wovon gerade unser gegenseitiges Verhältnis ein sprechendes Beispiel ist. Es hat einen Minimalzolltarif festgelegt und dem Präsidenten die Ermächtigung erteilt, unter Umständen diesen um 20 Proz. zu ermäßigen, d. h. für besondere Zugeständnisse gewährt es die reciproke Zollermäßigung bis zu dieser Vorkaufsgränze. Praktisch hat sich die Sache so abgewickelt, daß Amerika für die Meistbegünstigung den reinen Mindesttarif gewährt und eine Ermäßigung einfach versagt. Bis in die socialdemokratischen Kreise hinein ist infolge dessen die Erkenntnis gedrungen, daß unser Meistbegünstigungssystem eine Lücke hat, indem es uns einer derartigen Zollpolitik gegenüber waffenlos macht.“

Die alte Vorliebe für den Doppelzolltarif spricht so deutlich aus diesen Sätzen, daß es dem ehrlichen Organ recht schwer geworden sein muß, sich der zündenden Argumentation anzuschließen. Diese Vorliebe geht so weit, daß es der „Post“ sogar nicht auf eine Entstellung offenkundiger Thatsachen ankommt, indem sie von günstigen Verträgen spricht, welche die Vereinigten Staaten und Frankreich auf Grund ihres Doppelzolltarifsystems abgeschlossen haben sollen. Leider vergißt sie hinzuzufügen, wo denn die günstigen Verträge sind, welche die Vereinigten Staaten abgeschlossen haben. Mit Frankreich sind zwar nach langen Verhandlungen Vereinbarungen zu Stande gekommen, aber eine Ratifikation ist nicht erfolgt. Der einzige Staat, mit dem die Union, abgesehen von einigen englischen Kolonien, zu einem Tarifvertrag gelangt ist, das ist Argentinien, und daß dieser Vertrag den Vereinigten Staaten größere Vorteile geschaffen hat als Argentinien, wird kaum jemand behaupten, der die Entwicklung des Handelsverkehrs beider Länder während der letzten Jahre verfolgt. Geradezu lächerlich ist es aber, wenn die deutsch-amerikanische Handelsbilanz als Beweis für die Erfolge des amerikanischen Doppelzolltarifs ausgelegt wird. Genau dieselbe Wirkung würde erzielt werden sein, wenn die im Abschnitt IV des Dingley-Gesetzes enthaltene Festsetzung der Minimalzollgrenze festsähe, bis zu welcher Zollermäßigungen gewährt werden können und das Maß der Ermäßigung in jedem Fall besonderer Vereinbarung vorbehalten geblieben wäre.

Frankreich ist allerdings zu Tarifverträgen gelangt; aber nicht auf Grund seines Doppelzolltarifs. Vielmehr ist es durch seinen Versuch, seinen Minimalzolltarif andern Ländern nur gegen besondere Konzessionen zu gewähren, in eine Reihe schädlicher Zollkriege verwickelt worden, die seine Ausfuhr empfindlich getroffen und ihm bedeutende Absatzgebiete, namentlich in der Schweiz, auf immer entzogen haben. Und schließlich hat Frankreich in allen Fällen nachgegeben und, weil der Minimalzolltarif nach dem Gesetz durch Vertrag nicht ermäßigt werden durfte, wichtige Positionen dieses Tarifs auf dem Wege besonderer gesetzgeberischer Akte reduzieren müssen, nur um überhaupt aus seiner bedrängten Lage herauszukommen. Das sind die Erfolge, die Frankreich mit seinem Doppelzolltarifsystem erzielt hat und die sich deutlich in dem Niedergang seines Außenhandels aussprechen!

Doch es ist unnütz, sich mit der „Post“ um offenkundige Thatsachen herumzustritten. Was aber ihre obige Verherrlichung des Doppelzolltarifs wieder zeigt, und was auch die ganze Haltung des Centralverbandes seit etwa anderthalb Jahren beweist, das ist, daß ihre heutige Stellungnahme gegen das Doppelzolltarif-System keine principielle ist, daß sie allerlei taktischen Erwägungen und Rücksichtnahmen auf zufällige Umstände entspringt und sich leicht ändern kann, sobald vor den Machern des Centralverbandes zur Gewissheit wird, daß ohne Nachgiebigkeit gegen die Agrarier in diesem Punkte sie die geforderten Industrie-Zollerhöhungen nicht durchzusetzen vermögen.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 11. Oktober.

Zwei Jahre Krieg.

Vom 11. Oktober 1899 datiert der Beginn des südafrikanischen Krieges, in den sich das deutliche England in der Hoffnung gestürzt hatte, die beiden Boerenrepubliken ohne allzu großen Kraftaufwand der Kapkolonie einzuverleiben zu können. Und jetzt, nach zweijähriger erbitterter Kriegsführung, nachdem England alles an Truppen nach Südafrika geworfen hat, was es irgend auf die Beine bringen konnte, nachdem es Milliarden und Abermillarden für die Rüstungen ausgegeben hat, stehen die Dinge auf dem Kriegsschauplatz derart, daß ein Ende des Krieges ebenso wenig abzusehen ist, wie im Januar 1900, als die Boeren die Angriffe der Engländer auf allen Punkten in einer ganzen Reihe siegreicher Schlachten blutig zurückgewiesen hatten.

Lord Roberts, der dieser Tage zur Verschönerung der öffentlichen Meinung eine Rede gehalten hat, wußte nichts Tröstlicheres zu sagen, als daß die englische Nation Geduld haben möge. Und ein Schreiben, das der Kriegsminister Brodrick unter dem 7. d. M. an das Parlament mitbrachte, Sir Horatio Vincent gerichtet hat, gipfelte ebenfalls in der zwischen den Zeilen zu lesenden Mahnung, doch Geduld zu üben. Brodrick zählte die Kriegsmacht auf, die England nach Südafrika geworfen habe: noch ständen 200 000 Mann mit 450 Geschützen dem Feinde gegenüber, und jeden Monat würden 10 000 frische Pferde nach dem Kriegsschauplatz geschickt. Es sei demgegenüber unmöglich, von einem Mangel an Energie in der Kriegsführung zu sprechen.

Die Regierung werde niemals zurückweichen, von dem Lande jedes Opfer zu verlangen, das zur schnelleren Beendigung des Krieges notwendig sei. Aber kein Kabinettrat könne die zu diesem Zwecke bereits getroffenen Maßnahmen noch verbessern. Also eine Steigerung der Intensität, mit der der Krieg geführt wird, ist unmöglich. Geling es also bisher nicht, den Krieg einem raschen Ende zuzuführen, so wird das auch in der Zukunft nicht möglich sein. Man muß eben Geduld haben. Und das um so mehr, als es den kooperierenden englischen Streitkräften nicht einmal möglich gewesen ist, über Votha einen Erfolg davon zu tragen. Votha, so meldet ein Telegramm, war in der Lage, sich mit einer 2000 Mann starken Macht unter ständigen Schornsteinen mit den englischen Verfolgern in nächster Nähe auf den Baranflugh zurückzuziehen. Und diese Aktion gegen Votha war von 20 000 Mann englischer Truppen unternommen worden und sollte ein Hauptschlag werden. Nachdem auch sie mißglückt ist, ist kaum noch Hoffnung vorhanden, den Krieg durch einige energische Schläge zu beenden, er kann noch Jahre lang dauern.

Niemand in England hat sich wohl eine solche Entwicklung des Kriegesabenteuers träumen lassen. Am wenigsten jetzt vor einem Jahre, als sich Lord Roberts nach der Befreiung der beiden Boerenrepubliken und der Einverleibungsdramatik derselben zur Rückreise nach England aufschickte. Am 5. Juni 1900 hatte Lord Roberts seinen Einzug in Pretoria gehalten, der bereits am 23. Mai erfolgten Annerkennungserklärung des Oranjerestaats folgte am 1. September die Proklamation der Einverleibung Transvaals. Präsident Krüger verließ als Flüchtling das Land, am 11. September traf er in Lourenço Marques ein, von wo aus er allerdings eine Gegenproklamation gegen die Annerkennungserklärung des Lord Roberts erließ. Am 22. November betrat Krüger in Maraisburg den europäischen Boden. So schien sich denn der Krieg seinem Ende zuzuneigen. Größere Truppencorps des Feindes standen nirgends mehr im Feld, wenn auch der Kleinkrieg noch fortbauerte unter Führung junger entschlossener und militärisch begabter Führer, so z. B. Christian De Weis, der sich bereits im April durch siegreiche Gefechte bei Reddersburg und Mersfontein einen glänzenden Namen erworben hatte. Diesen Kleinkrieg glaubte man jedoch bald unterdrücken zu können. Und zwar ebensosehr wie durch militärische Operationen durch brutale Härte gegen die friedliche Bevölkerung, die sich einer Vergeltung der Boerenraube verdächtig gemacht hatte. Bereits im August des vorigen Jahres erließ Lord Roberts eine Bekanntmachung, in der denjenigen, die den Neutralitätsgebot brächen, die Todesstrafe angedroht wurde. Wer aber den Neutralitätsgebot nicht leiste, werde als Kriegsgefangener betrachtet und fortgeschafft werden. Alle Häuser und sonstigen Gebäude derjenigen Farmer, die Feinde beherbergten, sollten dem Erdboden gleichgemacht werden. Vergebens protestierte damals Votha gegen derartige barbarische Maßregeln, die in einem Krieg zwischen civilisierten Völkern bisher ohne Beispiel seien. England führte die andgedrohten Bestialitäten beinahe ausschließlich nur zu vorgetreten durch. Die Folge dieser Barbarei war freilich ein heftiges Wieder-aufflammen des Krieges. De Weis brachte den Engländern unter Clements neue blutige Schläppen bei, drei Boerenabteilungen unter Derbog, W. Votha und Hoosbroed drangen in die Kapkolonie ein; am Ende des Jahres 1900 betrug die Zahl der in die Kapkolonie eingefallenen Boeren nicht weniger als 5000.

Seitdem hat sich die Situation ständig verschlechtert. Statt abzunehmen, hat sich die Insurrektion über die ganze Kapkolonie ausgedehnt, so daß über das ganze Gebiet der Kriegszustand verhängt werden mußte. Mehr als zehntausend Kapboeren sind zu den Boeren übergegangen, die übrige Bevölkerung begünstigt die Aufständischen mit allen Mitteln.

Im September 1901 betrug der englische Verlust circa 8000 Mann, darunter 400 Tote. Nach den Mitteilungen des Kriegsministeriums belief sich der englische Verlust für die ersten 15 Monate auf 49 728 Mann. In den 9 Monaten dieses Jahres stieg der Verlust auf 75 562 Mann, so daß die Verluste sich seit der ersten Periode des Krieges keineswegs vermindert haben.

Einem französischen Interviewer soll Krüger in den letzten Tagen erklärt haben: „Die Thatsache, daß der Krieg bereits zwei Jahre dauert, ist ein hinlänglicher Beweis dafür, daß er noch länger dauern soll. Auf einen ruhlosen Krieg antworten wir mit zäher Energie. England wird entweder selbst den Krieg beenden, indem es unser Gebiet verläßt, oder Gott wird ihn beenden, indem er uns immer Sieg verleiht.“

Krüger hat in der That alle Ursache, an der Sache seines Volkes nicht zu verzweifeln. —

London, 11. Oktober. (V. H.) Votha verständigte Lord Althamer, daß er die Erschießung Broekmans seinerseits mit Repressalien beantworten werde.

Deutsches Reich.

„Der Frieden von Hubertusstock.“

Die Kundin in Hubertusstock zeigt ihre Eindrücke. Der Berliner Magistrat scheint sich auch in der Wächterbrunnenfrage nach Frieden, obwohl oder — weil der Sieg der Stadt in dieser Frage zweifellos ist.

Magistratsmitglied wird heute gemeldet, daß der Magistrat in geheimer Sitzung beschlossen habe, die Angelegenheit nochmals der Kunstdeputation zur Ausherrung vorzulegen und zwar ob unter Aufrechterhaltung der Grundideen, wie sie vorliegen, Abänderungen, wie der Kaiser sie gewünscht hat, möglich sind.

Wenn das der Magistrat wirklich beschließen hat, so müßte die Kunstdeputation es überhaupt ablehnen, eine so lächerliche Forderung über-

Haupt zu beantworten. So ungefähr könnte die Inquisition Galilei gefragt haben: Er solle erwägen, ob er unter Aufrechterhaltung seiner Grundidee, daß die Erde sich um die Sonne drehe, es nicht für möglich halte, dem Wunsche der Kirche Rechnung zu tragen, daß die Sonne sich um die Erde drehe.

Die Grundidee des Kaisers und die Grundidee der Märchenbräuen sind völlig unvereinbar. Wilhelm II. will einzelne Märchenbräuen, wie sie die Stadt geplant hat, bilden ein monumentales Werk, bei dem die Märchengestalten sich dekorativ eingliedern. Es ist also eine völlige Unmöglichkeit, unter „Aufrechterhaltung der Grundidee“ den kaiserlichen Anregungen Rechnung zu tragen. Entweder — oder, das Unvereinbare, das die Kompromißler in der Politik zusammenbringen, scheitert hier an der harten Tatsache, daß man nicht zugleich ein Kunstwerk in Gruppen auflösen und vereinigen kann.

Will der Magistrat nun bloß seinen guten Willen beweisen oder will er — die Grundidee wirklich fallen lassen — als Kriegsschädigung nach dem Frieden von Hubertusdorf? —

Zum Zollkampf.

Württemberg und die Handelsverträge.

In einem soeben im Verlagsinstitute für Socialwissenschaften zu Frankfurt a. M. erschienenen Buche von Dr. Albert Warten s „Die wirtschaftliche Entwicklung des Königreichs Württemberg mit besonderer Berücksichtigung der Handelsverträge“, wird die Bedeutung der Capitularen Handelsverträge für Württemberg untersucht. Es wird festgestellt, daß die Verträge zwar der Landwirtschaft und der Industrie des Landes keine großen Vorteile gebracht haben, daß aber das Nichtzustandekommen der Verträge dem Lande tiefe Wunden geschlagen hätte. Es wird festgestellt, daß die Weizenpreise während der ganzen Dauer der Handelsverträge in Württemberg stets höher als der Weltmarktpreis geblieben sind, und daß die Viehzucht des Landes sich in der Vertragsperiode sehr erheblich verbessert hat. Für die württembergischen Industrien ist der Weiterbestand der Handelsverträge von großer Bedeutung; die Erhaltung eines vertragsfreundlichen Zustandes mit der Schweiz und Ostreich-Ungarn ist eine Lebensfrage für dieses Industriegebiet. Die Einnahmen des Staates aus den Verkehrsabgaben würden bei der Lage des Landes an den Grenzen des Reiches durch Unterbindung des Verkehrs im Fall der Annahme des Wilsoischen Zolltarifs-Entwurfes außerordentlich schwer leiden. Aus den Schlussätzen der Schrift heben wir die folgenden hervor:

„Durch die infolge der Verträge gewonnene Stabilität der internationalen Verkehrsbeziehungen wurde es möglich, diesem Aufschwung die breite Basis des Weltmarktes zu geben und damit eine Ueberproduktion lange Jahre fernzuhalten. Der Aufschwung wäre auch ohne Handelsverträge, bei Festhalten an der autonomen Politik gekommen, er war durch die allseitig zu Gunsten des Ausgehobenen Verhältnisse bedingt, aber nie hätte er einen solchen Umfang erreichen können, wenn ihn nicht die Handelsverträge erleichtert und unterstützt hätten.“

Ein deutsch-venezolanischer Zwischenfall. Aus Caracas wird vom 10. Oktober gemeldet:

Ein Trupp venezolanischer Polizisten, die als solche nicht kenntlich waren, verhielten am Sonntagabend in Puerto Cabello zwei Unteroffiziere von S. M. S. „Vineta“ festzunehmen. Die Unteroffiziere, die sich keiner Schuld bewußt waren, setzten sich zur Wehr, wurden mit Säbelhieben verwundet, entzogen in der Notwehr den angreifenden Polizisten die Säbel und verteidigten sich damit. Sie wurden schließlich überwältigt und zum Verbünden ihrer Wunden auf einen in der Nähe befindlichen deutschen Handelsdampfer gebracht. Auf diesem Wege wurden sie von einem Volkshelden, in dem sich auch Polizisten und Gendarmen befanden, weiter angegriffen. Auf die Offiziere des deutschen Handelsdampfers wurden Schüsse abgegeben. Zum Schutze des Dampfers schickte der Kommandant S. M. S. „Vineta“ 30 Mann an Bord. Die hiesige Regierung hat bei dem deutschen Vertreter wegen angeblicher Gebietsverletzung Beschwerde geführt. Die Beschwerde ist vorläufig mit einer Nichtstellung des Sachverhalts auf Grund des telegraphischen Berichts des Kommandanten S. M. S. „Vineta“ unter Vorbehalt deutscher Anträge auf Verhaftung der Schuldigen und Genehmigung zurückgewiesen worden.

Der Zwischenfall wird zweifellos bald seine Aufklärung und entsprechende Sühnung finden, ohne daß es großer diplomatischer Aktionen bedürftig wird.

Bei der Typhusepidemie im Bochumer Kreise wird, wie wir vorgestern aus Grund einer Zuschrift von dort mitteilen, seitens der verantwortlichen Stelle bestritten, daß das Leitungswasser an der Verbreitung der Krankheit schuld trage. Man beruft sich auf die bakteriologische Untersuchung, die das Wasser als frei von Krankheitserregern nachgewiesen habe. Demgegenüber wollen wir auf eine sehr sorgfältige Arbeit des Kreiswundarztes Dr. Lindemann in Gelsenkirchen hinweisen, die dieser bereits im vorigen Jahre im Heft IX des „Centralblattes für allgemeine Gesundheitspflege“, Organ des niederrheinischen Vereins (Bonn, 1900), über „Grundwasserleitung und Typhus“ veröffentlichte, zumal sie auch im allgemeinen für die Versorgung der Städte mit Oberflächengewässern (Bäche, Flüsse und Seen) von Bedeutung ist. Dr. Lindemann war bereits bei der Typhusepidemie 1890/91 im Bochumer Kreise, zu der Ueberzeugung gelangt, daß die zeitweise epidemische Häufung der Typhuserkrankungen auf vorübergehende Verunreinigungen der Wasserleitung zurückzuführen werden müßte. Seine Auffassung fand damals an verschiedenen Stellen keine Billigung und zwar besonders deshalb, weil auch damals die bakteriologische Untersuchung des Wassers „zu keinen Bedenken Anlaß gab“. Diesbezüglich weist nun Dr. Lindemann im „Centralblatt“ mit Recht darauf hin, daß bakteriologische Wasseruntersuchungen nur dann eine Beweisraft haben, wenn dieselben genau zu der Zeit angestellt sind, in der nach eindeutiger Beobachtung die Infektion der Bevölkerung mit Typhus erfolgt sein muß. „Erfolgen die Wasseruntersuchungen in längeren Zwischenräumen und zu beliebigen Zeiten, so können sie, besonders in den Fällen, in denen es sich um eine lang dauernde, vorübergehende Verunreinigung des Wassers handelt, wohl ausnahmslos zu spät und entbehren jeder Beweisraft.“

Lindemann erhebt gegen die Wasseruntersuchungen, die 1890/91 erfolgten, den Vorwurf, daß sie erst nachträglich, nach geschehener Infektion, erfolgten, und diesmal ist es, wie aus den Berichten ersichtlich, ebenso. „Es liegt mir völlig fern“, schreibt Lindemann, „anzunehmen, daß jederzeit der Gehalt des Wassers der Gelsenkirchener Leitung die Gefahr der Typhusinfektion in sich schließt. Diese Gefahr wird erst dann eine beachtenswerte, wenn ungewöhnlich schnell und in ungewöhnlicher Menge die Ruhr durch Abfallstoffe und mit diesen durch Typhusbakterien verunreinigt wird. Dies wird aber jedesmal dann geschehen, wenn durch große Regenmassen Abfallstoffe angeschwemmt, weggeschwemmt und der Ruhr zugeführt werden.“

Diese sehr richtige Anschauung giebt auch eine Antwort auf die Frage, wie es möglich ist, daß jetzt in Gelsenkirchen das Wasser bei der bakteriologischen Untersuchung als rein befunden wurde. Es kommt eben darauf an, wann sie stattfand. Wurde sie erst vorgenommen, als der Ausbruch der Epidemie zur ärztlichen Kenntnis gelangte, so sind ja schon mehrere Tage seit der Aufdeckung verstrichen und das vorher an Infektionsstoffen überreiche Wasser kann wieder frei von solchen sein. Deshalb ist überall, wo Oberflächengewässer (aus Flüssen und Seen) benutzt wird, das einer Verunreinigung ausgesetzt sehr kann, das Wasser mindestens zweimal wöchentlich und in kritischen Zeiten täglich zu untersuchen. Das hat man in Gelsenkirchen verabsäumt — und verabsäumt es fast überall! Offenbar dient der Gelsenkirchener Fall zur Lehre! —

Halle a. S., 11. Oktober. (Eig. Ber.) Der Magistrat unserer Stadt befindet sich wahrhaft in der Bestimmung in Geldsachen. Gerade jetzt, nachdem er kürzlich abgelehnt hat, eine Petition gegen die Erhöhung der Getreidezölle an den Reichstag zu senden, nachdem er allen sozialdemokratischen Anträgen auf Verbesserung der Arbeiterverhältnisse, z. B. Verabreichung von warmem Frühstück an die Schulfürer z. entgegengetreten ist, tritt der Magistrat mit der Forderung einer Aufbesserung der Gehälter der Magistratsbeamten an die Stadtverordneten heran. Für die beiden Bürgermeister wird eine Gehaltserhöhung um je 2000 Mark pro Jahr verlangt. Und das wunderbare an der ganzen Geschichte ist, daß die Gehaltserhöhung mit der Erhöhung der Lebensmittelpreise und der Steigerung der Wohnungsmieten begründet wird.

Den Arbeitern mag das tägliche Brot, um das sie mühselig ringen, wünschenswert werden — das macht nichts aus. Aber die wohlhabenden Magistratsbeamten, die diese Vertenerung befördern, fordern auf Kosten des städtischen Säckels, d. h. derjenigen armen Arbeiter, bedrückende Gehaltserhöhungen! Das Wort Scham scheinen die Herren vom Magistrat in Halle nicht zu kennen! —

Offenbach, 10. Oktober. (Eig. Ber.) Ueber die Messerschere in der hiesigen Kaserne wird jetzt etwas mehr Licht verbreitet. Wie sich herausstellt, hat der Einjährige Gabriel vorher seinen Streit mit seinem Kameraden gehabt, dieselben aber dadurch gegen sich aufgebracht, daß er sie nicht in üblicher Weise freiließ, wofür ihm dann jedenfalls Rache angetan wurde. Gabriel stach auch nicht sofort mit dem Messer zu, als die liebevollen Kameraden nachlässigweise ihm einen Besuch abstatteten, sondern griff erst nach dem Messer, als man auf ihn einließ und ihm gehörig „zudecken“ wollte. Der eine der Angreifer (es waren ursprünglich fünf, von denen sich aber drei wieder verdrückten), der von dem Angegriffenen am schwersten verletzt wurde, soll als ein Schläger bekannt sein. Daß auch die sofort angeordnete Untersuchung nur das Ergebnis gehabt hat, daß Gabriel in Notwehr handelte, geht wohl aus dem Umstande hervor, daß derselbe, der sofort in Haft genommen war, am Morgen nach dem Ergeß wieder auf freien Fuß gesetzt wurde.

Ein zu Tode gequälter Seemann.

Vor dem Hamburgerischen See-Amt wurde am Donnerstag ein Fall verhandelt, der überall berechtigtes Aufsehen erregen dürfte. Zeigt er doch wieder einmal, wie berechtigt der Seerechtsmännchen Arbeiter nach gerechtem Schutz gegen brutale Vorgehensweise ist. Wie häufig werden schwere Klagen vor den See-Aemtern gegen Vorgehensweise erhoben, aber selten ist es, daß das Amt einem Juristen und vier aus der Klasse des Unternehmertums genommenen Beisitzern bestehende Gericht den Klagen recht giebt. Ist doch in allen den Fällen, wo es sich darum handelt, ob Matrosen, Heizer usw. an den Folgen von Mißhandlungen oder aus Furcht vor solchen den Tod in den Wellen gefunden haben, der Hauptzeuge stumm. Diesmal redete der Hauptzeuge, obwohl auch er auf dem Boden des Meeres liegt, eine furchtbare Sprache, der sich weder der Reichskommissar, noch das Seeramt entziehen konnten. Am 21. Juni d. J. ist an Bord des der Bremer Reederei „Hansa“ gehörenden Dampfers „Bartburg“ der hiesige Seemann Edward Varnier auf der Fahrt des Dampfers durch das Rote Meer gestorben. Der Verstorbenen wird bezeugt, daß die Verhältnisse auf dem Schiff sehr schlecht waren. Es wurde deshalb auf Grund der Aussagen einiger Leute der Befehl erteilt, eine eingehende Untersuchung anzuordnen. Diefelbe hat folgendes ergeben: Morgens um 6 Uhr am genannten Tage erklärte der 2. Steward Varnier dem Kapitän, mit dem er eine Kiste inne hatte, er sei krank. Der Kapitän meinte es dem 1. Steward, und dieser dem Kapitän J. Pittlofen. Ohne den Varnier gesehen zu haben, antwortete der Kapitän dem 1. Steward: „Haben Sie dem Hund einige Futter, daß er raus kommt!“ Der 1. Steward war aber so vernünftig, die brutale Order nicht auszuführen, sondern er ließ den Kranken an Bord tragen, wo er auf einer Zule niedergelegt wurde. Dann ließ ihn der Kapitän auf die Brücke bringen, um ihn zu untersuchen. Als der Kapitän den Befehl des Kapitän, die Junge zu zeigen, nicht sofort ausführte, drohte Kapitän Pittlofen, ihm die Junge mit dem Messer herauszuholen. Dann gab der Kapitän den Befehl, V., der weil er mit der Matrose hinten auf dem Deck gelegen hatte, schuldig geworden war, zu waschen. V., der nach Befehle der Matrosen fast leblos war und nicht gehen und stehen konnte, wurde entkleidet und dann gewaschen. Als ein Matrose dabei einen Schwamm gebrauchte, befahl der dritte Offizier, statt des Schwamms eine Bürste zu nehmen. Die Matrosen werden durch das schmerzverursachte Aufstoßen ihres unglücklichen Kameraden davon abgehalten, diesen Befehl auszuführen. Was that da der dritte Offizier? Er holt sich selbst eine grobe Deckenrührbürste und bearbeitet damit den nackten Körper des Hülfsjungen, der bewußtlos ist und nicht einmal schreien kann. Dann wird V. unter das Sonnenlicht gelegt, wo er sich, aller Nothzeit zum Trotz, so weit wieder erholt, daß er gegen Mittag wieder gehen und stehen kann, seine Arbeit aufzunehmen. Er deckt den Tisch im Messraum und trifft dabei räumlich zusammen mit einem anderen Gemütskranken, der am Morgen noch nicht sein Mittchen an dem unglücklichen jungen Menschen hat kühlen können und dies nun nachholen will. Es ist der dritte Hülfsjunge Väter, der mit der ruhigen Dignität der größten Selbstverständlichkeit vor dem Senat erklärt: „Ich gab dem V. eine Ohrfeige, weil ich ihn für einen Simulant hielt.“ Es ist aber, wie einwandfreie Zeugen bekunden, nicht eine Ohrfeige gewesen, sondern die Faustschläge sind dem armen Teufel nur so ins Gesicht geplatzt. Und dazu regalierte der Matrosen den Steward der Abwechslung halber auch noch mit Fußtritten. Diese Brutalität konnte natürlich nicht ohne Erfolg bleiben. Der Steward flüchtet sich vor den Nothzeiten des Matrosen an Bord, schlägt dort nieder und ist nach einigen Stunden eine Leiche. Sein ganzes Gesicht ist über und über mit blauen Flecken bedeckt. Die Mundpartie ist dick angeschwollen und zwischen den Zähnen ist geronnenes Blut. Der Ober-Hauswart Dr. Koch gab sein Gutachten dahin ab, daß der Verstorbene unzweifelhaft schon am Morgen am Hitzschlag erkrankt sei, die Krankheit sich gegen Mittag etwas gelegt habe, die rohe Mißhandlung durch den dritten Matrosen aber wieder unheilbar auf den Verlauf der Krankheit eingewirkt habe. Der Kapitän, die Offiziere und der dritte Matrosen waren nach ihren Angaben natürlich die reinen Engel. Aber das Seeramt ist anderer Ansicht. Es bezeugte diese Zeugen nicht, weil sie ihm unglaubwürdig erschienen, und gab seinen Spruch dahin ab, daß der Steward zwar am Hitzschlag gestorben, seine Verwundung an Bord aber eine äußerst rohe gewesen sei und die brutale Mißhandlung durch den Matrosen Väter möglicherweise den Tod des Mannes beschleunigt habe. Die Akten sollen der Staatsanwaltschaft überliefert werden. Man darf begierig sein, ob diese eine Anklage gegen die Menschenschinder erheben wird.

Die Arbeitslosennot vor der bayerischen Kammer.

Am Donnerstag stand in der bayerischen Abgeordnetenkammer folgender Antrag der sozialdemokratischen Fraktion zur Beratung:

„Die Kammer wolle beschließen: Die Staatsregierung sei zu ersuchen, zur Verminderung der großen Arbeitslosigkeit, die infolge der hereinbrochenen Krise in verschiedenen Gegenden Bayerns besteht und die im Winter mit einer unheilvollen Ausdehnung droht, unverzüglich ungenutzte Arbeitskräfte zu schaffen und vor allem die Staatsarbeiten, für welche bereits die Mittel bereitgestellt sind, sofort in Ausführung zu bringen.“

Einen ähnlichen Antrag hatte das Centrum gestellt, den Abg. Dr. Pöcher begründete. Für die Sozialdemokratie sprach Segl u. d. u. a. anführte:

Die beiden vorliegenden Anträge deden sich zwar in der Hauptsache, nur bezüglich der zu ergreifenden Maßnahmen geben die Anträge auseinander. Wir gehen weiter als das Centrum und

verlangen, daß nicht nur Post- und Bahnbauten, sondern daß unverzüglich weitere Arbeiten, z. B. Straßen- und Wasserbauten in Angriff genommen werden. Wir haben an solche Arbeiten gedacht, die nicht auf bestimmte Orte und Bezirke sich beschränken und die Verwendung ungenutzter Arbeiter gestatten. Wenn man sich darauf beschränkt, nur die Ausführungen von Eisenbahn- und Postbauten zu verlangen, dann läßt sich wahrscheinlich der Einwand, daß es an den nötigen Technikern fehle. Aber auch dieser Einwand würde nicht stichhaltig sein, denn gerade hier herrscht jetzt ein großer Andrang verfügbarer Kräfte. Das zeigte sich, als kürzlich die Stadtgemeinde Nürnberg ein Ausschreiben erließ, indem zur Vornahme einer Wohnungsrenovierung einige Techniker gesucht wurden, die bei nicht reichlicher Bezahlung nur auf sechs Monate Beschäftigung finden sollten. Auf das Ausschreiben haben sich nicht weniger als 66 Herren gemeldet, darunter ganz ausgezeichnete Kräfte.

Wenn nun eingewendet wird, der Regierung fehle es an Geld zur Ausführung von Notharbeiten, so besteht doch kein Hindernis, daß wir die einschlägigen Gatt sofort in Beratung nehmen, um die nötigen Mittel zu beschaffen. Wenn der gute Wille vorhanden ist, kann der Staat zur Ueberwindung der gegenwärtigen Krise wesentlich beitragen. Er kann schon wesentlich dazu beitragen, daß er eine Reihe auch im Staatsinteresse sehr notwendiger Arbeiten in Angriff nimmt.

Unser Redner führte sodann eine Reihe von Staatsarbeiten auf, an deren Durchführung alsbald gegangen werden könne. Auch der Minister des Innern Freiherr v. Seitzlich erklärte an, daß sich die Arbeitslosigkeit in neuerer Zeit wesentlich vermindert habe und daß allerdings zu beschränken sei, die Arbeitslosigkeit werde im Winter noch größere Dimensionen annehmen. Er erklärte sich mit der Tendenz der Anträge einverstanden und verspricht, die staatlichen Bauten beschleunigen zu wollen.

Ausland.

Die ungarischen Wahlen.

Aus Wien wird uns vom 10. Oktober geschrieben: Nach mehr als achtstägiger Dauer sind nunmehr die ungarischen Wahlen abgeschlossen. Daß sich die Wahlen zehn Tage lang hinzieherten, gehört gleichfalls zu den Seltsamkeiten dieses unverständlichen Wahlsystems, das an Unverständlichkeit und Unverständlichkeit seinesgleichen sucht. Thatsächlich tritt der avilische Charakter des ungarischen Staates nirgendwo so fahlig hervor als in dem unheimlichen „geschichtlichen“ Wahlsystem, das überhaupt auf keinem Gesetze beruht, sondern aus allerlei wunderlichen Bräunen besteht, die außerhalb des ungarischen Staats ganz unbegreiflich erscheinen. Ein Beispiel: In Jászbereny, dem Wahlbezirk des Grafen Apponyi, hat die Wahl ununterbrochen 32 Stunden gedauert, und während dieser Zeit haben nicht mehr als 1725 Wähler abgestimmt! Und während dieser 32 Stunden mußten die Wähler auf dem ihnen zugewiesenen Standplatz verharren, durften, bei Verlust ihres Stimmrechts, nicht von dem Platze weichen, der ihnen zugewiesen ward! Es ist nämlich so in Ungarn, daß die Wähler nicht allein mündlich abstimmen, sondern es werden ins Wahllokal immer nur zehn Wähler hinzugelassen, und zwar abwechselnd die Wähler der einzelnen, genannten Kandidaten! Obwohl die Wahlbezirke sehr groß sind — zerfällt doch das ganze Staatsgebiet in nicht mehr als 320 ländliche Bezirke — giebt es doch überall nur einen Wahlort: die Wähler müssen also tagelange Reisen machen, um zum Wahlort zu kommen! Am Wahlort müssen die Wähler sich nach Gemeinden und Parteien formieren, jeder Gemeinde wird ein Standort angewiesen, wo dieselben bleiben müssen, bis sie ins Wahllokal eingelassen werden! Das dauerte in Jászbereny 32 Stunden, aber es giebt Beispiele, daß man oppositionelle Wähler durch vier Tage lang im Freien kampieren ließ — bis ihnen die Sache denn doch zu blöde war und sie davongingen! Zu erfahren, wer in Ungarn wahlberechtigt ist — das ist einfach unmöglich. Die komplizierten Bestimmungen und die Einrichtung der Wahlsysteme machen die Verwaltung etwa absoluten Herrn der Wähler. Jeder betrug die Wählerzahl etwa eine Million; das vorige Mal, als der Abenteurer Gausfy die Wahlen „machte“, waren es etwa 700 000; um so viel hatte die Regierung die Opposition betrogen! Gewisse Erscheinungen des ungarischen Wahlsystems: die Käufligkeit der Wähler, der Kauf, der bis zu Wuchersätzen wuchert, die zahllosen Listen und Anträge, die erklären sich nur aus den Unheimlichkeiten des Wahlsystems. Wie wunderbar das alles ist, zeigen die folgende figurierten Zahlen. Da die Wähler vom Wahlort oft sehr weit entfernt wohnen, wird dem Kandidaten geistlich gestattet, sie an den Wahlort zu bringen und während der Reise zu verköstigen. Damit aber diese Erlaubnis nicht zu Bestechungen mißbraucht werde, wird die Höhe der zulässigen Zahlungen geistlich bestimmt! Daß der Schwindel am leichtesten radikal verhindert werden könnte, wenn der Wahlakt dezentralisiert würde, das fällt in Ungarn niemand ein. Dort ist Unfug und Plage geschichtliche Tradition.

Die von Herrn v. Szell verheißenen „reinen Wahlen“ waren also so rein, als sie es nach dem plumpen, zur Korruption herabfordernden Wahlsystem sein können. Immerhin muß anerkannt werden, daß so gemeingefährliche Schandthaten wie jene, mit denen Gausfy seine Majorität zusammenbrachte, vermieden worden sind, daß der offene Stimmenkauf, die unverhüllte Brutalität von der Regierung des Herrn v. Szell abgelehnt wurden. Die Folgen davon sind im Wahlergebnis auch zu spüren: Die Regierungspartei hat nicht weniger als 54 Sitze verloren, nur 16 neuerbet, so daß ihr reiner Verlust 38 Mandate beträgt. Ihre Majorität ist allerdings noch immer ganz beträchtlich: von 113 gewählten Abgeordneten befehlern sich zur Politik der Regierung 202, zu denen noch die vom kroatischen Landtag delegierten 40 Mann als ganz verlässliche Regierungstruppe kommen. Trotzdem ist das Zeitalter der liberalen Herrschaft dahin, denn die Szellische Regierungspartei ist eine ganz andere als die reinpolitischen liberalen von Schöge Tiszas und Szilagyi es waren. Erstens ist die Partei mit agrarischen Elementen durchsetzt, mit Leuten wie etwa Graf Stefan Karolyi, der reichste Magnat Ungarns, der bei der Partei nur bleibt, weil eine andere regierungsfähige Partei nicht vorhanden ist. Aber auch der reine „Liberalismus“ ist verfliegen: als Herr v. Szell der Partei das halbherzige Führen des Grafen Apponyi einverleibte, hat er ihren historischen Charakter gründlich geändert. Herr v. Szell ist, zum Unterschied von seinen mittelbaren und unmittelbaren Vorgängern, Katholik, und man merkt in seiner Verwaltung schon längst die Spuren dieser Gesinnung. Es ist auch niemand da, der dem schleichen Liberalismus wehren könnte. Szilagyi ist tot, die Tiszas sind unheilbar kompromittiert — der alte ist ja in Großurdein mit Wunden und Trompeten durchgefallen — und so findet die ungenutzte „Versöhnungspolitik“ des Herrn v. Szell keinen Widerstand, keine Gegner. Und in Ungarn dämmert dem bürgerlichen Liberalismus das Ende heran.

Eine zukünftige Bedeutung beansprucht noch das bei den diesmaligen Wahlen zum erstenmale beobachtete Auftreten der nichtmagyarischen Nationalitäten. Die nichtmagyarischen Stämme — Deutsche, Slowaken und Rumänen — waren einmal sehr warme Anhänger des selbstständigen ungarischen Staates. Aber je deutlicher es wird, daß es die Magyaren — die in der Bevölkerung Ungarns nur eine Minorität sind — auf eine Nationalisierung aller nichtmagyarischen Völkerschaften abgesehen haben, desto mehr verflüchtigt sich die Begeisterung für den ungarischen Staat und desto stärker wird das Bedürfnis, sich national auf eigene Füße zu stellen. Von vierzehn slowakischen Kandidaten, die auf Grund des Nationalitätenprogramms gegen die magyarische Vergeßlichkeit kandidierten, wurden fünf gewählt. Dazu kommt noch, daß die Abgeordneten der siebenbürgischen Sachsen, die sich bis jetzt zur Regierungspartei rechneten, im Sinne eines kürzlich in Hermannstadt gefassten Beschlusses nun als selbstständige Partei auftreten. Die Rumänen verhalten sich noch passiv, aber auch sie werden sich zur Regamkeit bald entschließen müssen.

Politische und soziale Reformen größerer Art sind von dem neuen Reichstag eben so wenig zu erwarten, als ihrer der erste fähig war. Erst muß die ökonomische Entwicklung die eine einheitliche Partei der ungarischen Besitzenden Klassen zergehen, und dieses Werk wird der neue Reichstag vollenden. Das Wachstum der

Unabhängigkeitspartei zeigt, daß auch die Bewegung zur Losreißung von Oesterreich wächst, und so rütteln an dem staatlichen Bau immer neue Kräfte — bis er unter ihnen zusammenbrechen wird.

Budapest, 11. Oktober. Das Wahlergebnis aus sämtlichen 418 Wahlbezirken ist nunmehr bekannt. Es sind gewählt: 263 Liberale, 30 Mitglieder der Volkspartei, 75 Mitglieder der Radikalfraktion, 11 von der Fraktion Ungarn, 13 Parteiloze, 5 von der Nationalitätenpartei und 1 Demokrat; 25 Stichwahlen sind erforderlich.

Frankreich.

Ein Nachspiel zum Jarenbesuch. Einem Blatt wird aus Paris gemeldet: „Der bekannte revolutionäre Schriftsteller Laurent Tailhade erschien heute vor der Strafkammer unter der Anklage der Aufreizung zum Morde. Tailhade hatte in dem Anarchistenblatte „Libertaire“ aus Anlaß des Jarenbesuches Artikel veröffentlicht, worin unter anderem die Frage vorkam: „Unter all' diesen widerrechtlich gezwungenen Soldaten, unter den wandernden Arbeitslosen und Bettlern, unter denen, die vor Kälte sterben, sollte sich nicht ein Einziger finden, der seine Platte oder einen Schürhaken schweigend der triumphierenden Kanaille, dem Jaren, dem Präsidenten, den Ministern, den Offizieren und dem infamen Klerus ins Gesicht schlägt?“ — Während der Verhandlung war der Zuschauertraum von Freunden des persönlich hochgeschätzten Tailhade gefüllt. Tailhade erklärte, daß er als Schriftsteller, Philosoph und Historiker das Recht habe, zu schreiben, was er denke. Die Verteidigung hatte eine große Anzahl Zeugen geladen, die sich über Talent und Charakter des Angeklagten äußern sollten. Anatole France und der Akademiker Hérold hatten sich mit Krankheit entschuldigt, aber schriftlich ihre Sympathie für Tailhade kundgegeben. Emile Zola erschien persönlich und erklärte, er habe große Freundschaft für Tailhade, der als Schriftsteller der französischen Literatur hohe Ehre mache. Der Artikel sei gemäß zu heftig, aber Tailhade sei vor allem Poet, der in flammenden Bildern schwebe. Mehrere andere Zeugen äußerten sich ähnlich. Der Gerichtshof verurteilte Tailhade zu einem Jahr Gefängnis und 1000 Franc Geldbuße und den verantwortlichen Redacteur des Blattes zu 6 Monaten Gefängnis. Tailhade stieg nach der Verkündung des Urteils auf eine Bank und rief: „Die Saat wird aufgehen, es lebe die Revolution!“ Das Publikum rief: „Hoch Tailhade! Nieder die Tyrannen!“ Der Präsident mußte den Saal räumen lassen. Zola wurde auf der Straße mit Hochrufen empfangen.

Ein deutscher Schriftsteller in der gleichen Lage würde schwerlich ebenso glimpflich davon gekommen sein. Umso mehr, als die Gefängnisstrafe für Verleumdung in Frankreich bekanntlich nur eine Art Erholungsstunde darstellt. — Recht eigenartig muß deutsche Leser auch die freimütige Wärme berühren, mit der die angesehensten Schriftsteller für den anarchischen Kleriker eine Lüge brechen. Ob unsere Literaturgrößen nicht davor zurückschrecken würden, sich durch die warme Verteidigung eines solchen Verbrechers zu compromittieren? So wenig es uns einfallen kann, die Handlungsweise des Verurteilten zu billigen, so sehr müssen wir doch dem moralischen Mut der zu seinen Gunsten zeugenden Schriftsteller unsere Anerkennung gollen.

Belgien.

Ein Wankfort-Gesetz gegen die Kammer-Opposition. Der Rektion war es nicht gelungen, am Schlusse der vorigen Session die sogenannte Militärreform durchzubringen; die vereinte Linke hatte es durch Obstruktion verhindert. Der Wiederholung eines solchen Obstruktionszuges möchte die Alerialen gen vorzuziehen und so versuchen sie denn, die Geschäftsordnung der Kammer abzuändern, sie haben Anträge eingebracht, welche dem Kammerpräsidenten eine fast unumschränkte Gewalt geben würden. Danach soll der Präsident ohne die Kammer fragen zu brauchen, das Recht haben, Abgeordnete, welche „lärmten“ oder die Autorität des Präsidenten nicht genügend würdigen, anzuklagen. Aber es scheint selbst bei der Regierung nicht viel Neigung vorhanden zu sein, diese Anordnungsversuche zu unterstützen.

Italien.

Die Arbeitskammern in Italien. Die in fast allen größeren Städten Italiens errichteten Arbeitskammern sind für die italienischen Arbeiter sehr wichtige Institutionen. Sie bilden nicht allein den Rückhalt und die Kontrolle für die Gewerkschaften, Unterstützungsvereine und Genossenschaften, sondern sie beschäftigen sich auch mit Arbeiterstatistik, geben juristische Ratsschläge, suchen bei Lohnstreiks zu vermitteln, errichten Schulen für gewerbliche Fortbildung für Analphabeten (deren es in Italien unter den Arbeitern leider sehr viele giebt), kümmern sich um die Auswanderung, wobei sie die Arbeiter vor Ausbeutung durch die Agenten u. v. zu bewahren suchen. Dieser Tage fand in Genua ein Kongreß der Ligurischen Arbeitskammern statt. Auf demselben waren 70 Kammern, Gewerkschaften u. v. vertreten; es wurde u. a. beschlossen, eine Föderation sämtlicher italienischer Arbeitskammern herbeizuführen. Mit der Centralisation der Arbeitskammern würde zu gleicher Zeit auch ein engerer Zusammenschluß der Gewerkschaften eintreten.

England.

Parlamentarische Wahl in Dewsbury. Die „Daily News“ mitteilen, soll in Dewsbury der Sekretär des Parlamentarischen Komitees, Mr. Sam. Woods, als Kandidat der Liberalen aufgestellt werden. Nimmt derselbe an, so würde sich das Schauspiel ergeben, daß der liberale Gewerkschaftsführer dem sozialistischen Kandidaten Duelle gegenüber stünde.

Rußland.

Die Hungersnot. Schätzungsweise — alle zwei Wochen ein Stückchen — nach dem seit dem 1. September für die Veröffentlichungen der Regierung über die Hungersnot eingeführten Modus — erweitert sich immer mehr das zuerst angeblich auf zwölf Provinzen beschränkte „Miserable“-Gebiet. Es werden jetzt offiziell schon zwanzig Provinzen als von der „Miserable“ getroffen. Die acht neu genannten Provinzen sind Tambow, Orel und das Land der Donischen Kosaken im europäischen und Tschukotka, Tomsk, Ennsfeld, Almolsk (Omsk) und Siemipalatinsk im asiatischen Rußland.

In der russischen Presse wird kein Wort, außer dem, was aus den Regierungsberichten entnommen wird, über die „Miserable“ und Hungersnot gebracht. Die Censur hat offenbar alle selbständigen Berichte verboten, wie sie es auch 1895 gethan hat.

Intern neuen Kurs.

September.

1. Hof. Genosse Liebold wegen Verleumdung zweier Kertze 25 M. Geldstrafe.
2. Celle. In der Revisionsinstanz ein Metallarbeiter 10 M. Geldstrafe wegen Verübung groben Unfugs.
3. Hamburg. Ein Kupferhändler wegen Mißhandlung von Streikbrechern 40 M. Geldstrafe.
4. Bochum. 100 M. Geldstrafe Genosse Langhorst wegen Verleumdung eines Hausverwalters.
5. Halle. Zwei Monate Gefängnis ein Maurer wegen Bedrohung von Streikbrechern. — Wegen Verleumdung von Streikbrechern der Maurer A. R. um eine Woche Gefängnis.
6. Bremen. Wegen des gleichen Vergehens der Moler M. K. 2 Wochen Gefängnis.
7. Dortmund. Genosse Scheide wegen Verleumdung des Herrn Leutwig 50 M. Geldstrafe.
8. Lemgo. 4 Genossen je 3 M. Geldstrafe wegen Störung der Sonntagruhe.
9. Dresden. 800 M. Geldstrafe Genosse Fleißner wegen Verleumdung eines Diakons in Plauen.
10. Leipzig. In der Berufungsinstanz Genosse Wölfe 10 M. Geldstrafe wegen Vergehens gegen das sächsische Vereinsgesetz.
11. Altenburg. 40 M. Geldstrafe Genosse Kuhn wegen Verleumdung eines Schumanns.
12. Hamburg. 2 Kesselschmied wegen Hausfriedensbruchs 3 bezw. 10 M. Geldstrafe.

13. Krefeld. Wegen gemeinschaftlicher Mißhandlung eines Meisters 3 bezw. 6 bezw. 5 Monate Gefängnis.
14. Leipzig. Genosse Seifert 30 M. Geldstrafe wegen Aufzettelung einer unerlaubten Handlung.
15. Braunschweig. 6 Wochen Gefängnis Genosse Seymann wegen Verleumdung des Gemeinderats in Bramlage.
16. Jichoppau. Je 10 M. Geldstrafe zwei Genossen wegen Störung der Sonntagruhe.
17. Wandsbek. Ein Steinleger wegen Verleumdung eines Werbeagenten 50 M. Geldstrafe.
18. Schwerin. In der Berufungsinstanz der Arbeiter Dahl 3 Monate Gefängnis wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung.
19. Leipzig. Drei Holzarbeiter wegen Verleumdung von Streikbrechern 50, 30 bezw. 20 M. Geldstrafe.
20. Dresden. Je 100 M. Geldstrafe die Genossen Walter und Schreiner wegen Teilnahme an dem nicht erlaubten Plaisierzug.
21. Kiel. Wegen Verleumdung der Stadtverordneten in Elmshorn Genosse Lütjens 450 M. Geldstrafe.
22. Frankfurt a. O. 2 Jahre Gefängnis Genosse Fischbach in Reichenbach wegen Majestätsbeleidigung.
23. Leipzig. In der Revisionsinstanz Genosse Breidenbed 3 Monate Gefängnis wegen Verleumdung von Polizeibeamten.
24. Jwidau. Wegen Verleumdung eines Rechtsanwalts Genosse Albert 8 Tage Gefängnis.
25. Leipzig. In der Revisionsinstanz Genosse König-Bohum 100 M. Geldstrafe wegen Offiziersbeleidigung.
26. Posen. Genossin Luxemburg, Berlin und Genosse Knapczak-Posen 100 M. bezw. 30 M. Geldstrafe wegen Verleumdung des preussischen Kultusministers.
27. Dortmund. 3 Monate Gefängnis Genosse Breidenbed wegen Verleumdung der Polizeibehörde.
28. Hamburg. Wegen Vergehens gegen das Preßgesetz Genosse Legien 100 Mark Geldstrafe.
29. Rindolstadt. 30 Mark Geldstrafe Genosse Zietisch-Saalfeld wegen Verleumdung des meiningischen Staatsministers.
30. Elbing. 5 Genossen je 20 M. Geldstrafe wegen Verbreitung von Flugblättern während der Kirchzeit.

Insgesamt wurde erkannt auf 4 Jahre, 7 Monate, 10 Wochen und einen Tag Gefängnis und 2410 M. Geldstrafe.

Der Parteivorstand.

Partei-Nachrichten.

Verhinderung über den Parteitag. Die Parteigenossen des Distrikts Vornbeck im dritten Hamburger Wahlkreise nahmen nach kurzer Diskussion folgende Resolution an:

Die Veranlassung des Distrikts Vornbeck erklärt sich mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden. Sie bedauert indessen, daß den Berufsjournalisten zu ihren für den Fortschritt der Arbeiterbewegung ziemlich wertvollen, wissenschaftlichen Haarparikereien und persönlichen Gezanke die kostbare Zeit des Parteitages in einem Maße überlassen wurde, die für die, die Arbeiterbewegung als solche interessierenden Fragen nur die letzten Stunden des Parteitages übrig ließen, indem von neun Punkten der Tagesordnung sechs am letzten Sonabend erledigt wurden, darunter Jostorf, Moiseier und Wohnungsfrage.

In Magdeburg entwickelte sich nach den Vorträgen der beiden Delegierten eine sehr lebhaft Diskussion. Dabei wurde auch getadelt, daß man auf dem Parteitage den Ausführungen des meiningischen Landarbeiter-Delegierten nicht die genügende Aufmerksamkeit geschenkt habe. Es wurde schließlich gegen 2 Stimmen folgende Resolution angenommen:

Die Versammlung erklärt sich mit den Beschlüssen des Lübecker Parteitages einverstanden und sie verspricht, mit allen Kräften für die Durchführung dieser Beschlüsse wirken zu wollen.

Die Versammlung billigt aber ausdrücklich das Votum der beiden Magdeburger Delegierten in der Verneinung (Ablehnung der Resolution Sebel), da die Magdeburger Genossen noch am 16. September in einer Versammlung Gelegenheit hatten, sich davon zu überzeugen, daß Genosse Bernheim die Kritik der bürgerlichen Gesellschaft nicht außer acht läßt, also nicht „durchaus einseitig“ kritisiert.

Kerner ist sich die Versammlung einig in dem Wunsche, daß auf zukünftigen Parteitagen die Erörterung persönlicher Gegensätze zu Gunsten einer ausgiebigeren Behandlung der sachlichen Angelegenheiten in den Hintergrund treten möge.

In Jwidau, im 6. sächsischen Wahlkreise und im Wahlkreise Ludwigs haben wurden nach kurzer Debatte Resolutionen angenommen, die das einfache Einverständnis mit den Beschlüssen des Parteitages und der Haltung ihrer Delegierten aussprechen.

In Altona und in Braunschweig wurde der Bericht ohne Diskussion entgegengenommen, in Osnabrück begnügte man sich mit einer kurzen Diskussion ohne Verleumdung und in Frankfurt a. M. wurde nach dem Referat Arnolds die Versammlung verlag.

Gewerkschaftskritiken zu dem Beschlusse des Parteitages in der Angelegenheit der Accordmaurer liegen jetzt noch einige vor, die noch nachgeholt seien.

Der „Töpfer“ meint, die Situation sei nun viel klarer und giebt der Hoffnung Ausdruck, daß nun nach den aufgeregten Wochen Ruhe eintreten werde.

Die „Glaser-Zeitung“ hofft, daß die beschlossenen Resolutionen ausreichten sind, ähnliche Fälle für die Zukunft unmöglich zu machen.

Die „Buchbinder-Zeitung“ sagt: „So hat diese heiligmäßige Frage einen Abschluß gefunden, wie wir ihn erwartet haben. Wir müssen erklären, wir sind nicht voll und ganz zufrieden mit dem Abschluß, aber die Haltung vor dem Beschluß einer so überwältigenden Majorität verpflichtet uns, diesen Beschluß zu respektieren und die Sache als erledigt zu betrachten.“

Etwas dunkel sagt die „Nachzeitung der Schneider“: „Ob wir damit zufrieden sind, möchten unsre Leser wissen? Nun, ein Parteitag ist eben kein Gewerkschaftskongreß; ein solcher würde den Schiedspruch und namentlich dessen Begründung jedenfalls verwerfen haben.“

Die „Deutsche Metallarbeiter-Zeitung“ sagt: „Dieser nahezu einstimmig gefasste Beschluß stellt eine Einigung dar, wie sie besser nicht erzielt werden konnte.“

Die genannten Blätter behandeln die Angelegenheit sämtlich in ruhigem und angemessenem Tone.

In einer Posenversammlung in Feuersteins Gefäß in Berlin berichtete am Sonntag Smislawicz über den Lübecker Parteitag, worauf eine Resolution angenommen wurde, die in der uns zugegangenen Uebersetzung lautet:

Die am 8. Oktober in Berlin versammelten polnischen Sozialisten erklären sich mit den Ausführungen des Genossen Smislawicz aus dem Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Lübeck einverstanden und äußern gleichzeitig dem Genossen Ledebour für seine wirklich internationalen sozialistischen Ansichten auf dem genannten Parteitag ihre tiefgefühlteste Hochachtung. Hoffend, daß mit der Zeit auch diejenigen deutschen Genossen, welche heute noch der polnisch-sozialistischen Partei feindlich gesinnt sind, dem polnischen Proletariat und der polnisch-sozialistischen Partei ihre Hand reichen werden. Da Hunderttausende polnischer Proletarier sich in Deutschlands Grenzen befinden und diese als internationale Sozialisten verpflichtet sind, Hand in Hand mit den deutschen Genossen zu gehen, erklären die polnischen Sozialisten die auf dem Parteitag in Lübeck beschlossenen, allgemeine wirtschaftliche Fragen betreffenden Anträge als für sie bindend und hoffen, daß die deutschen Genossen zu der Ueberzeugung gelangen werden, daß die polnisch-sozialistische Partei ihnen nicht feindlich entgegensteht, sondern nur eine moralische Unterstützung von der deutschen Bruderpartei verlangt.

Der Brotwucher-Protest fand in Hamburg 196 000 Unterschriften, das sind weit als doppelt so viel, als 1895 Wählerstimmen bekommen haben. In Niederplanitz in Sachsen wurden von den etwa 10 000 Einwohnern 4277 Unterschriften abgegeben, während das wesentlich kleinere Oberplanitz 2497 Unterschriften gab. Auch aus kleineren Orten Wittenberg werden ähnliche Resultate gemeldet, die den Schluß zulassen über den gewaltigen Umfang, den die Protestbewegung angenommen hat.

Bei der Gemeinderatswahl in Dreyenheim in Hessen wurde neben drei gegnerischen Kandidaten auch ein Parteigenosse gewählt.

Totenliste der Partei. In Nürnberg verstarb der Schuhmacher August Kynast, Verbandssekretär des Vereins deutscher Schuhmacher. Partei und Gewerkschaft verlieren in ihm einen begabten und thätigen Kämpfer, der in vielen Ehrenämtern seine Kräfte im Dienste der Arbeiterinteressen erproben durfte. Er wird stets in gutem Andenken gehalten werden.

Politikalisches, Gerichtliches u. v.

— Die „Gazeta Robotnicza“ hat seit ihrer Verlegung nach Oberschlesien schon verschiedene Strafverfolgungen über sich ergehen lassen müssen. Ihr verantwortlicher Redacteur wurde zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt, weil neben seinem Namen nicht aus seine Adresse angegeben war. Am 1. Oktober wurde die Nr. 31 des Blattes konfisciert wegen angeblichen Religionsvergehens.

Auch zwei Kolporteurs des Blattes wurden mit Strafen belegt, und zwei Kandidaten mit 18 M. wegen Verbreitung eines Flugblattes und Dylong aus gleichem Grunde mit 40 M. und mit weiteren 40 M. deswegen, weil er Raiffeisenkarten verkauft haben soll.

Aus Industrie und Handel.

Der Verein Berliner Getreide- und Produktenhändler übermittelt uns folgende Zuschrift:

In der in Ihrem geschätzten Blatte vom 9. d. M. unter: „Getreide Spekulationen“ erfolgten Besprechung unserer Veröffentlichung stellen Sie die Frage, wie weit die seitens der „Deutschen Tageszeitung“ gegen zwei Firmen erhobenen Beschuldigungen zu Recht bestehen bleiben.

Wir gestatten uns, Ihnen nach nochmaliger sorgfältiger Prüfung des Materials mitzuteilen, daß die in Betracht kommenden Firmen Speicherräume weder über ihren Bedarf hinaus gemietet hatten, noch dieselben einer andern Firma in illohaler Weise vorzuenthalten haben.

Der Rohbestand ist folgender:

In beiden Fällen handelt es sich darum, daß die quest. Firmen ihr auf einem hiesigen Speicher lagerndes und bereits verkauftes Getreide abliefern wollten, um diese selben Räume für neue Sendungen, welche bereits verladen hier eingelagert waren, zu benutzen. Das gesamte, hierbei in Betracht kommende Quantum war 1200 Tonnen, eine Menge, die ohne jede Bedeutung für den hiesigen Markt ist. Die „Deutsche Tageszeitung“ aber gefiel sich darin, die unbedeutende Angelegenheit ins Ungeheuerliche aufzubauhen, um der ihr verhassten Produzentenbörse etwas am Jenge zu fischen.

Erfolgslose Bemühungen. Den Aktionären der Leipziger Bank wird jetzt mitgeteilt, daß aus dem Konkurs nichts für sie herauskommt. Es ist weder gelungen, die Aktionäre zu einer Hilfeleistung heranzuziehen, um das Unternehmen wieder in Gang zu bringen, noch ist Aussicht vorhanden, ein großes Finanzinstitut für die Sanierung der Bank zu gewinnen.

Nicht viel besser scheint die Sache bei der Heilbronner Gewerbebank abzulaufen. Es hat sich herausgestellt, daß der Vorstand der Bank unerlaubte Spekulationen betrieben hat und daß für diese Verbindung die Deutsche Bank und die Deutsche Genossenschaftsbank 1 200 000 Mark bezw. 800 000 Mark Forderungen geltend machen. Wird hiergegen der Differenzinwand erhoben, so sollen die Forderungen aus, weshalb sich die Banken bemühen, den Konkurs abzuwenden. Die interessierten Banken befreiten übrigens, daß der Differenzinwand bei den eingegangenen Geschäften geltend gemacht werden kann. Unter diesen Umständen schlägt Herr A. A. Rielmeier folgendes Abkommen vor: Unter der Voraussetzung, daß die Gewerbebank in Liquidation tritt, und daß die buchmäßigen Forderungen der beiden Banken von 1 200 000 M. und 800 000 M. anerkannt werden, wird der Gewerbebank ein Vorschuß von 1 1/2 Millionen gewährt. Die beiden Hauptgläubiger würden ferner mit ihren Forderungen zunächst hinter die andern Gläubiger zurücktreten. Beide Banken wollen die sämtlichen bei ihnen hinterlegten Wertpapiere herausgeben, soweit sie nicht Eigentum der Gewerbebank, sondern der Kunden waren. Gegenüber diesen Leistungen (Barvorschuß, Herausgabe der fremden Deposits und Zurücktreten bei der Liquidation) verlangen beide Banken, daß ihnen dafür bis zur Höhe von 500 000 M. für ihre Forderungen Garantie geleistet wird.

In der Versammlung der Aktionäre muß gegen diesen Vorschlag ein wohl nicht unberechtigtes Mißtrauen bestanden haben, denn die Lage der Bank soll nochmals von einem Ausschuss geprüft werden. Wahrscheinlich werden die Banken nicht so leichten Kaufes davon kommen.

Die Mecklenburg-Strelitzische Hypothekendarlehenbank hat in der Generalversammlung der Pfandbrief-Besitzer dem Vorschlag zugestimmt, auf zwei Drittel der Zinsen Verzicht zu leisten. Die Uebernahme findet für Pfandbriefgläubiger annehmbar. Bis 1909 soll die Hälfte der Pfandbriefe, 16 450 000 M., zurückgelassen sein. Die verbleibenden 8 225 000 M. Pfandbriefe werden fällig, sofern dafür nicht im Hypothekenregister lediglich Hypotheken auf bedante Grundstücke eingetragen sind, welche den Anforderungen des Reichs-Hypothekendarlehenbankgesetzes entsprechen. Die Aktionäre haben sich dem angeschlossen und beauftragten die Verwaltung mit der Geldverleihung von Regrehanprüchen gegen die frühere und jetzige Direktion und die früheren Aufsichtsrats-Mitglieder. Sodann beschloß man die Herabsetzung des Grundkapitals durch Verminderung von 6 175 000 M. Aktien, von denen 6 174 000 M. durch den Vertrag mit der Immobilienverleihenbank zur Verfügung gestellt sind und eine Aktie von 1000 M. zugekauft werden soll; ferner Herabsetzung des Grundkapitals durch Zusammenlegung der übrigen Aktien im Verhältnis von 5:1 auf 1 165 000 M. Der hiernach nach Verringerung der Unterbilanz sich ergebende Ueberschuß im Betrage von 835 000 M. soll einem nur zur Sicherung der Pfandbriefgläubiger dienenden Reservefonds zugeführt werden.

Die Wiener Straßenbahn dürfte in nächster Zeit in den Besitz der Stadt übergeben. Wie berichtet wird, schweben Verhandlungen zwischen der Wiener Kommune und der Bau- und Betriebs-Gesellschaft. Als Vermittler bemittelt sich Direktor Gwinner von der Deutschen Bank. Zum Ankauf des Unternehmens müßte eine Kommunalanleihe von ungefähr 100 Millionen Kronen aufgenommen werden, zu deren Uebernahme sich die interessierten Banken bereit erklärt haben. Das Haupthindernis liegt vorläufig in den Differenzen, welche zwischen dem Kaufangebot der Kommune und den Forderungen der Verwaltung der Bau- und Betriebsgesellschaft bestehen. Im Gemeinderat wird die Verstaatlichung des Straßenbahnnetzes kaum auf Opposition stoßen, weil die Majorität bereits bei früheren Debatten über die Tramwaygesellschaft wiederholt den Wunsch geäußert hat, das ganze Straßenbahnsystem in den städtischen Betrieb überzuführen.

Der Außenhandel Frankreichs weist in den ersten acht Monaten dieses Jahres eine Zunahme auf. Die Einfuhr stieg von 3 198 789 000 Frks. im Vorjahre auf 3 213 899 000 Frks. in diesem Jahre. Die Ausfuhr erhöhte sich in demselben Zeitraum von 2 672 283 000 Frks. auf 2 745 128 000 Frks. in diesem Jahre.

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Die Tischler Leipzigs befinden sich zur Zeit in der Abwehr gegen die von den Unternehmern geplante Verschlechterung der im Jahre 1899 vereinbarten Arbeitsbedingungen. Nachdem schon seit einiger Zeit mehrere kleine und mittlere Arbeitgeber versucht hatten, an jenen Abmachungen zu rütteln, ist neuerdings eine Hauptfirma, die *W. O. Fabrik v. H. A. Schütz* mit Durchbrechungen des festgelegten Tarifs vorgegangen. Die Arbeiter dieser Firmen befinden sich — wie bereits mitgeteilt wurde — im Streik, um die seitherigen Arbeitsbedingungen aufrechtzuerhalten. Centralvorstand und Ortsverwaltung des Holzarbeiter-Verbandes versuchten durch Unterhandlungen mit der Firma die Differenzen beizulegen, jedoch ohne den gewünschten Erfolg. Bei einer dieser Verhandlungen wurde den Vertretern der Arbeiter mitgeteilt, daß die Situation jetzt bedeutend ernstlicher geworden sei, denn der Vorstand des Verbandes der Holzindustriellen habe beschlossen, den im Jahre 1899 vereinbarten Garantielohn bei Accordarbeiten zu beseitigen. Es hat demnach den Anschein, daß die Unternehmer die gegenwärtige Geschäftslage zu einer allgemeinen Verschlechterung der vereinbarten Arbeitsbedingungen benutzen wollen. Eine am Mittwoch abgehaltene, von 1200 Leipziger Tischlergesellen besuchte Versammlung beschloß, der Beseitigung des Garantielohnes, sobald die Unternehmer mit diesem Verlangen an die Arbeiter herantreten, Widerstand entgegenzusetzen. Die Zahlstelle des Holzarbeiter-Verbandes und der Gewerkschaft wurden beauftragt, unverzüglich mit den Arbeitgeber-Organisationen in Unterhandlung zu treten, um dadurch, wenn möglich, den Ausbruch eines allgemeinen Streiks zu verhüten, aber auch die gefährdeten Interessen der Arbeiter in entsprechender Weise zu wahren.

Die ausländischen Nordhäuser Tabakarbeiter haben nach langem Kampf wieder einen Erfolg zu verzeichnen. Zu den fünf Firmen, die mit den Arbeitern schon seit längerer Zeit Frieden geschlossen haben, ist jetzt eine sechste hinzutreten. Die Firma *H. u. A. Wittig* hat die Organisation anerkannt und sich mit ihren Arbeitern und Arbeiterinnen geeinigt. Die Forderungen: Regelung des Vorkaufspreises, Aufbesserung der Möbelschneider-Löhne sind zugestanden. Es sind nunmehr 6 Firmen, welche mit ihren Arbeitern in Frieden leben. Hoffen wir, daß auch die übrigen Firmen im Interesse der allgemeinen Wohlfahrt und des Friedens eine Einigung mit ihren Arbeitern herbeiführen werden. Gegen die übrigen, nunmehr sieben Firmen, dauert der Kampf fort und bitten die Kämpfenden um weitere finanzielle und moralische Unterstützung, damit überall ein gerechter Abschluß dieses schweren Kampfes herbeigeführt wird, dessen Erfolge die Erfolge der gesamten Arbeiterkraft sein werden.

Eine öffentliche Kollekte sollten nach Ansicht der Magdeburger Polizei die Genossen *Woz* und *Hauschild* veranstalten haben, indem sie zur Unterstützung der streikenden Glasarbeiter aufgefordert und die beim Gewerkschaftsamt eingegangenen Beiträge für den „Glasarbeiterstreik in der Volkstimme“ quittiert haben. Durch Entscheidung des Schöffengerichts, welches die genannten Genossen von der polizeilich verhängten Strafe freisprach, mußte sich die Polizei beugen lassen, daß nach einer Entscheidung des Kammergerichts vom 17. August 1900 die oben bezeichnete Handlung nicht als Veranstaltung einer Kollekte angesehen werden kann, daß vielmehr zu dem Begriff der Kollekte das Einnehmen von Person zu Person erforderlich ist.

Mitarbeiter der Polizei pflegen sich trotz entgegenstehender Gerichtsurteile zu wiederholen.

Die erste gebührenfreie Stellenvermittlung für das Berliner Schlächtergewerbe wird am 15. Oktober in der Schönhauserstraße 1 eröffnet und zwar durch die Berliner Verwaltungsstelle des Centralverbandes der Fleischer und Vertriebsgenossen Deutschlands. Die Arbeitsvermittlung ist für Arbeitnehmer sowohl wie für Arbeitgeber unentgeltlich. Die in Arbeit zu findenden Stellen müssen jedoch dem Centralverbande angehören. Hervorgerufen ist dieses Vorgehen der organisierten Fleischergehilfen einerseits durch die geradezu unerhörte Ausbeutung der arbeitslosen Schlächtergehilfen seitens der privaten Stellenschneider und andererseits durch die ablehnende Haltung der Berliner Metzgerkammer gegenüber der Einführung des paritätischen Arbeitsnachweises.

Die Tabakarbeiter der Bessischen Fabrik in Wien sind, wie wir berichtet haben, vor einiger Zeit ausgesperrt worden. Kürzlich hatte sich der Firmeninhaber verpflichtet, die Hälfte der ausgesperrten wieder einzustellen. Letztere erklärten sich damit einverstanden unter der Bedingung, daß der Fabrikant neue Arbeitskräfte nicht einstelle, so lange noch Aussperrte am Ort arbeitslos sind, ferner daß das Ausschauwerfen beseitigt und den Arbeitern anständige Behandlung zugesichert werde. Der Geschäftsinhaber ging auf diese Bedingungen ein, er hat aber trotzdem einige Neueinstellungen bewirkt und in auswärtigen Blättern Arbeitskräfte gesucht. Da durch eine eventuelle Arbeitsniederlegung der Wiedereingestellten keine Besserung zu erwarten ist, so sahen die beteiligten Arbeiter von weiteren Schritten ab.

Sämtliche Arbeiter der Grubenbahn in Waldmohr (Wals), ungefähr 200 Mann, haben nach einer Meldung der „W. Ztg.“ in der vorigen Woche die Arbeit eingestellt, weil ihnen nur 20 Pfennige für die Stunde zugesagt wurden. Seither wurden 32 Pfennige für die Stunde bezahlt. Viele Jallener reisten infolgedessen ab.

Die Lohnbewegung der Textilarbeiter im Vogtlande ist nunmehr mit einer Anzahl von Bestimmungen eingeleitet worden. Der geforderte Lohnstarif ist den Fabrikanten zugestimmt worden. Er soll am 1. November in Kraft treten; die Unternehmer sollen sich bis zum 20. Oktober dazu äußern. Verlangt wird durchgängig zehnstündige Arbeitszeit, Lohnzahlung freitags, für erwachsene männliche Färberei-Arbeiter 16 M. wöchentlichen Mindestlohn, für Weber Berechnung des allgemein eingeführten Accordlohns nach einem besonderen Tarif, der gegen die bisherigen Sätze eine Erhöhung um 10 Proz. bedeutet. Als eine der Hauptforderungen wird verlangt, daß ein Weber nur zwei Stühle bedienen darf.

In der Flensburger Glasbläse sollen am nächsten Montag die letzten der daselbst ausfindig gewordenen Glasbläser eingestellt werden.

Die Nachricht, daß im Kaiserthum Neu-Griz sämtliche Gewerkschaftsversammlungen verboten worden sein sollen, beruht, wie unser Greizer Parteiblatt mitteilt, auf Unwahrheit. Von der bezeichneten Nachricht, die der „Chem. Abg. Ztg.“ entlehnt, hatten auch wir kürzlich Notiz genommen.

Ausland.

Die Angestellten der Wiener Straßenbahn (Vau- und Betriebsgesellschaft) befinden sich in einer Bewegung zur Abwehr der von der Direktion geplanten Verlängerung der täglichen Dienstzeit von 12 auf 14 Stunden. Die Angestellten beabsichtigen vorläufig nicht, ihren Zweek durch Arbeitsniederlegung zu erreichen. Sie haben die Direktion um Regelung der Arbeitszeit ersucht, aber noch keinen befriedigenden Bescheid erhalten. Am 11. v. M. hat Genosse *Reumann* diese Angelegenheit im Wiener Gemeinderat zur Sprache gebracht. Indem er den Bürgermeister über dessen Stellung zu den Maßnahmen der Gesellschaft, sowie zu einem eventuellen Ausstand der Angestellten interpellierte. Der Bürgermeister stellte sich auf den Standpunkt, daß eine dauernde Verlängerung der Dienstzeit der Angestellten eine Verringerung der Dienstleistung darstelle, die der Zustimmung des Gemeinderats bedürftig sei. Darüber, ob im Falle einer durch unfürsorgliche Dienstverlängerung hervorgerufenen BetriebsEinstellung die Gesellschaft ein Verschulden trifft, sagte der Bürgermeister nichts.

Wäckerstreik in Italien. Der „W. Ztg.“ wird telegraphiert, daß in Mailand sämtliche Wäckergehilfen, 2300 an der Zahl, wegen Lohnfreistellungen in den Ausstand getreten sind.

Aus Florenz berichtet „Wolffs Telegraphen-Bureau“, daß die Wäcker-Arbeiter sich mit den Arbeitgebern wegen der Nachtarbeit nicht einigen konnten und daß infolgedessen der allgemeine Ausstand der Wäcker eingetreten ist. Am Freitag waren sämtliche Wäckerien geschlossen. Die Behörden haben Vorkehrungen getroffen, um Brot vom Lande kommen zu lassen.

Aus der Frauenbewegung.

Weibliche Delegierte werden auf dem am 1. November beginnenden Gesamtparteitag der österreichischen Socialdemokratie 7 anwesend sein und zwar 3 als Vertreter Wiener Wahlkreise, 1 für Sing. 1 für Bodenbach, 1 für Falkenau, 1 für das Harzgebirge. Außerdem noch eine Genossin als Mitglied der Parteivertretung.

Sociales.

Bauarbeiterstreik. Für das Herzogtum Koburg-Gotha will die Regierung jetzt eine Verordnung erlassen, deren Entwurf unser Gothaer Parteiblatt veröffentlicht. Der Entwurf ist ziemlich ausführlich und kommt in mancher Beziehung den Wünschen der Bauarbeiter weiter entgegen, wie andere derartige Verordnungen. Das Wichtigste daran sind die Vorschriften über die Verantwortlichkeit und die Kontrolle, die folgenden Wortlaut haben:

Verantwortlich für die Beachtung obiger Vorschriften ist zunächst der Baubauer, wenn dieser selbst die Bauleitung übernommen hat, andernfalls der mit der Bauausführung betraute Bauunternehmer oder Bauhandwerker.

Die vorgenannten Personen können jedoch die ihnen hiernach obliegende Pflicht einer geeigneten Person übertragen, welche während der Arbeitszeit vollständig auf dem Bau anwesend ist. Diese Person, welche aus der Zahl der dort beschäftigten Arbeiter genommen werden kann, ist der Baupolizei anzuzeigen und von dieser, falls ihr gegen die Wahl kein Bedenken bezeugt, durch Handschlag zu verpflichten. Ist die Baupolizeibehörde nicht gleichzeitig die Ortsbehörde, so kann sie die letztere mit Vornahme der Verpflichtung beauftragen. Bei allen größeren und schwierigeren Bauten, oder wenn der Bauausführende sich lässig oder unfähig zeigt, die ihm obliegenden Verpflichtungen zu erfüllen, kann die Baupolizeibehörde die Bestellung eines solchen Bauaufsehers anordnen, und wenn dieser Anordnung nicht entsprochen wird, ihn auf Kosten des Bauherren selbst bestellen.

Auf Verlangen der Baupolizeibehörde ist der Bauaufseher zu entslassen, wenn er sich bei Erfüllung seiner Pflichten unfähig oder unzuverlässig erweist.

Ist ein solcher verpflichteter Bauaufseher bestellt, so bleibt der Bauausführende neben diesem noch insoweit verantwortlich, als er die von ihm selbst wahrgenommenen oder ihm vom Bauaufseher gemeldeten Mängel nicht beseitigt oder es unterläßt, die hierzu erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Abgesehen von der durch die Organe der Baupolizeibehörde (Bezirksverwaltungs-Behörde) auszuübenden Kontrolle über die Einhaltung der allgemeinen baupolizeilichen Bestimmungen, der besonders getroffenen baupolizeilichen Anordnungen und der in gegenwärtiger Verordnung enthaltenen Schutzvorschriften ist die Durchführung der letzteren von Ortsbaukommissionen zu überwachen, welche in den Städten sowie in den Landgemeinden mit starker entwickelter Bauhätigkeit zu bilden sind. Ueber das Bestehen eines Bedürfnisses zur Bildung einer solchen Kommission in ländlichen Gemeinden ist erforderlich, falls im Instanzenwege zu entscheiden.

Die Ortsbaukommission besteht in den Städten aus einem Mitgliede des Stadtrats beziehungsweise Magistrats, in den Landgemeinden aus dem Gemeindevorstand und zwei bauverständigen Mitgliedern, von denen das eine aus dem Kreise der Arbeitgeber, das andere aus dem Kreise der Arbeitnehmer durch die Gemeindevertretung zu wählen ist.

Die Mitglieder der Ortsbaukommission haben die in ihrem Bezirke stattfindenden Bauausführungen einer fortgesetzten eingehenden Kontrolle zu unterziehen; sie sind verpflichtet, die schleunige Abstellung aller dabei von ihnen wahrgenommenen oder sonst zu ihrer Kenntnis gekommenen Zuwiderhandlungen gegen baupolizeiliche Vorschriften und Anordnungen sowie die Befolgung der das Leben, die Gesundheit oder die Sittlichkeit gefährdenden Zustände durch Benehmen mit dem verantwortlichen Bauleiter, nötigenfalls durch Anzeige bei der Baupolizeibehörde auf kürzestem Wege herbeizuführen. Kommt der Bauleiter den zur Abstellung von Verstößen gegen die baupolizeilichen Schutzvorschriften erteilten Anweisungen der Ortsbaukommission nicht alsbald nach, so hat letztere bei Gefahr im Verzuge die Fortsetzung der vorschriftswidrigen Bauausführung zu unterlagen.

Die baupolizeiliche Thätigkeit der Ortsbaukommission unterliegt der Aufsicht der Baupolizeibehörde.

Die Beamten der sächsischen Ortskassen beschäftigten sich dieser Tage in einer Zusammenkunft in Hainichen mit ihren Arbeitsverhältnissen. Von den gefassten Beschlüssen ist erwähnenswert, daß der Reichstag ersucht werden soll, bei der Abänderung des Krankenversicherungs-Gesetzes auf die Einführung von Schiedsgerichten für Streitigkeiten zwischen Kassenbeamten und Verwaltungen bedacht zu sein.

Ein großartiges Volkshaus haben sich die Arbeiter Stockholms erbaut. „Socialdemokraten“ ist bereits nach dort übergesiedelt; am Montag wurde die Zeitung zum erstenmal in dem neuen Volks- und auf einer neuen Rotationspresse gedruckt. Auch die Arbeiterbibliothek des Bibliotheksverbandes hat bereits ihren Einzug gehalten. Die Arbeiterbibliothek, die einen Vorratbestand von 10 000 Bänden aufweist, verfügt dort über 5 Räume. Dem Bibliotheksverband gehören 93 Arbeiterorganisationen an. Auch von der Stadtgemeinde erhält die Bibliothek einen Zuschuß; in diesem Jahre wurden 1500 Kronen dafür bewilligt.

Gerichts-Beitrag.

Wegen einer Mißhandlung auf der Polizeiwache stand gestern der Schuttmann *Heinrich Ellerbrod* vor dem ersten Strafhammer des Landgerichts I. Der Dachdecker *Karl Berndt* und der Maler *Kranz Philipp* waren in der Nacht zum 21. Mai kurz nach Mitternacht wegen ruhestörenden Lärms von dem Anzeigenden festgenommen und zur Wache des 16. Polizeiverters geschafft worden. Berndt soll sich seiner Eshierung widerlegt und Philipp versucht haben, ihn zu befreien. Auf der Wache demnach sich Berndt auch noch weiter widerlegt und mußte schließlich gefesselt werden. Der Schuttmann *Ellerbrod* wird nun von Berndt und Philipp beschuldigt, dem Berndt einen Faustschlag in das Gesicht versetzt zu haben, so daß diesem ein Zahn ausgefallen worden und er am Munde blutete. Der damalige Reviervorstand, jetzige Polizeihauptmann *Schmidt* I. belundete gestern vor Gericht, daß nach seinen protokolllarischen Feststellungen die Behauptungen des Berndt nicht unwahrscheinlich seien. Die im Nebenraum beschäftigt gewesenem Schulze *Mund* und *Bilg* hatten bei ihrer Vernehmung vor ihrem Vorgesetzten belundet, daß sie plötzlich einen Anfall der Berndt gehört und dann gesehen hätten, daß dieser fest aus dem Munde und an den Lippen blutete. Beide Beamte haben auch erklärt, daß Berndt ohne Verwundung auf die Wache gekommen sei und auf die direkte Frage des Reviervorstandes hätten sie angegeben, daß nach ihrer Auffassung die Behauptung des Berndt, mißhandelt worden zu sein, alle Wahrscheinlichkeit für sich habe. — In dem gestrigen Verhandlungstermin erklärte der Angeklagte, daß die ihn belastenden Angaben unwahr seien. Der sehr aufgeregte und renitente Berndt mußte nach seiner Ansicht mit dem Kopfe gegen den Fensterriegel gelaufen sein und sich dort verletzt haben. Polizeihauptmann *Schmidt* I. hat die betreffende Stelle am Fenster untersucht, aber keine Spuren von Blut daselbst vorgefunden. — Zur gestrigen Verhandlung war der Zeuge *Philipp* nicht erschienen und hatte sein Nichterscheinen durch Mohrpostbrief mit Kranke entschuldigt. Der Gerichtshof glaubte aber ohne diesen nicht auskommen zu können. Es stellte sich nämlich heraus, daß der Schuttmann *Mund* bei seiner gestrigen Vernehmung die Vorlesungen und seine eignen Wahrnehmungen in vielen Punkten wesentlich anders darstellte, als dies bei seiner Vernehmung durch den Reviervorstand geschehen war. Der Vorsitzende machte den Zeugen wiederholt auf diese auffallenden Abweichungen aufmerksam. — Rechtsanwält *Dr. Schwindt* hatte zu Gunsten des Angeklagten noch mehrere Schulze geleitet, die belunden sollten, daß Berndt randaliert, aber nicht plötzlich angefallen habe. Er sei vollständig betrunken gewesen und es sei wohl möglich, daß er gestürzt sei und sich dabei die Verletzung zugezogen habe. — Der Gerichtshof hielt bei dieser ganzen Sachlage die zugegebene Vernehmung des *Philipp* für dringend geboten und vertagte aus diesem Grunde die Verhandlung.

An der Schlenkerbrücke, die sich zwischen dem Roten Schloß und dem Werderischen Markt befindet, ereignete sich am 5. Juli ein Unglücksfall, der gestern die zweite Strafkammer des Landgerichts I. beschäftigte. Der seit 10 Jahren angestellte Schlenkenwärter *Albert Engmann* war der fahrlässigen Tötung beschuldigt. An der Brücke unterhalb der Brücke waren in jener Zeit Ausbesserungsarbeiten ausgeführt worden, die in der Weise bewerkstelligt wurden, daß die Arbeiter sich auf einem Prähm, der an der Ufermauer befestigt wurde, befanden. Die Arbeiten waren beinahe vollendet, am Morgen des 5. Juli sollten die beiden Maurer *Sietel* und *Huebel* nur noch einige Steine anstreichen, um denselben ein den übrigen Steinen gleiches Ansehen zu geben. Wie immer, hatten die Maurer dem Schlenkenwärter Anzeige gemacht, daß sie sich unter der Brücke befanden. Da die Arbeit nur wenige Minuten in Anspruch nahm, so hielten die Maurer es nicht für notwendig, den Prähm erst in der üblichen Weise zu befestigen. Gleich darauf näherte sich von der entgegengesetzten Seite ein Kahn, welcher durchgeschleust werden sollte. Der Angeklagte öffnete die Schiene, ohne an die unten befindlichen beiden Arbeiter zu denken, die herabstürzende Wassermasse brachte den Prähm ins Schwanen und dann zum Untergehen. *Sietel* rettete sich durch Schwimmen, während *Huebel* ertrank. Der Sachverständige begutachtete, daß der Prähm sicher nicht untergegangen wäre, wenn er am Ufer befestigt gewesen wäre. Hieraus begründete der Verteidiger, *Justizrat Bronner*, seinen Antrag auf Freisprechung, während der Staatsanwalt gegen den Angeklagten sechs Monate Gefängnis beantragt hatte. Der Gerichtshof war doch der Ansicht, daß der Angeklagte von dem Vorwurf der Fahrlässigkeit nicht freizusprechen sei, und verurteilte ihn zu einer Gefängnisstrafe von 4 Monaten.

Für die gesamte Konfektionsbranche von Bedeutung ist eine Entscheidung, welche gestern die 5. Strafkammer des Landgerichts I. gefällt hat. Es handelt sich um die Frage, ob die in den sogenannten „Einrichte“-Abteilungen der Konfektionsgeschäfte thätigen jungen Mädchen als „Fabrikarbeiterinnen“ oder als kaufmännische Gehilfen anzusehen sind. Der Kaufmann *Julius Fischbein* war des Vergehens beschuldigt, weil er „Arbeiterinnen“ an einem Sonntagsabend nach 5 1/2 Uhr nachmittags beschäftigt habe. Der Angeklagte besitzt ein großes Kindergarderobe-Geschäft in der Leipzigerstraße. Die Geschäftslokale bestehen aus Comptoir- und Verkaufsräumen für den Großhandel, Plätttraum und Raum für kleine Abänderungen etc. Fast sämtliche Kindergarderobe wird durch Heimarbeitern außer dem Hause angefertigt. Die Arbeiterinnen holen sich unfertige Arbeit nach Hause und bringen fertige Arbeit nach dem Geschäft. Es besteht für diese Zwecke ein „Einrichte“ und ein „Abnahme“-Raum. In dem ersteren werden die Stoffe abgemessen, die nötigen Zuthaten dazu gelegt und den Heimarbeitern übergeben. Die Polizei ist der Ansicht, daß eine solche „Einrichterei“ eine Fabrik sei, daß die darin beschäftigten Mädchen „Arbeiterinnen“ seien und Sonntags nach 5 1/2 Uhr abends nicht mehr beschäftigt werden dürfen. Das Schöffengericht hatte seiner Zeit auf Freisprechung erkannt, weil es der Meinung war, daß es sich bei der Einrichterei um kaufmännischen Betrieb handle und die Mädchen kaufmännische Gehilfen seien. — Die Staatsanwaltschaft legte Berufung ein; vor der fünften Strafkammer wurde gestern die Ansicht des Schöffengerichts von der Gewerbe-Inspektion-Assistentin *Fräulein Reichert* lebhaft bekämpft. Die Inspektorin erklärte es nicht für angängig, bei der Beurteilung der Frage, ob eine Fabrik im Sinne des Gesetzes vorliege, nur von der Beschaffenheit des „Einrichterraumes“ auszugehen, vielmehr müsse das Geschäft seiner Gesamtheit nach beurteilt werden. Mit Rücksicht auf die in dem Geschäft herrschende Arbeitsteilung, welche äußerlich durch die verschiedenen Arbeitsräume, wie Plätterei, Näherei, Expedition etc. in die Erscheinung tritt, könne der Charakter als Fabrikbetrieb nicht zweifelhaft sein. Die innerhalb dieses Fabrikbetriebes mit Abmessen und Aufschneiden der an die Heimarbeitern zu verarbeitenden Stoffe Beschäftigten seien nicht kaufmännische Hilfspersonal, sondern gewerbliches Personal des Fabrikbetriebes, mithin „Arbeiterinnen“. — Staatsanwalt *Schmittendorff* konnte sich diesen Ausführungen nicht anschließen und beantragte die Verurteilung der Berufung. Der Gerichtshof war jedoch auch der Meinung, daß bei der hier erkennbaren Spezifikation der Arbeit es sich im vorliegenden Fall um einen „Fabrikbetrieb“ handle. Mit der Ausgabe des Stoffes und der Zuthaten begünne die Herstellung der Kindergarderobe, sie gehöre zum Gewerbebetrieb und die betr. Mädchen seien als „Arbeiterinnen“ und nicht als kaufmännisches Hilfspersonal zu betrachten. Unter Aufhebung des ersten Urteils wurde der Angeklagte zu 20 M. Geldstrafe verurteilt.

Lezte Nachrichten und Depeschen. Hamburg, 11. Oktober. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Der Delonon-Lorenzen wurde heute wegen vielfachen Sittlichkeitsverbrechens, begangen an Inhaftierten des Hamburger Armenhauses in Billwärder, zu zwei Jahren Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust verurteilt. Gelsenkirchen, 11. Oktober. (W. Z. A.) Im Stadt- und Landkreise beträgt 1/2 Zahl der gemeldeten Typhus-Erkrankungen 1088. Heute sind vier Personen gestorben. Dresden, 11. Oktober. (W. Z. A.) Bei den heute stattgehabten Ergänzungswahlen zur zweiten Ständekammer wurden gewählt: 20 Konservative, ein Mitglied des Bundes der Landwirte, 7 Nationalliberale und 2 Fortschrittler. Kaiserlautern, 11. Oktober. (W. Z. A.) Wie der „M. Fr.“ berichtet wird, ist eine Typhus-Epidemie unter den in der Kammerkammer Kaiserlautern beschäftigten Arbeitern ausgebrochen. 12 schwere Erkrankungsfälle und ein Todesfall sind in den letzten Tagen bekannt geworden. Die Ursache der Epidemie ist in schlechtem Trinkwasser zu suchen. Flume, 11. Oktober. (W. Z. A.) Bei der unweit von hier gelegenen Station *Reja* fuhr ein Güterzug infolge falscher Weichenstellung in einen dort hallenden andern Güterzug; vom Zugpersonal wurden eine Person schwer und drei leichter verletzt. Petersburg, 11. Oktober. (W. Z. A.) In der Rektifizierungs-Abteilung einer biesigen Spiritus-Brennerei fand heute mittig eine Explosion statt. Ein Behälter mit etwa 8000 Liter Spiritus explodierte aus bisher unbekannter Ursache. Ein siebenjähriges Mädchen kam dabei ums Leben. Der Hauptbeschuldigte der Fabrik und andere Teile derselben zeigen Risse und drohen einzustürzen. Rastadt, 11. Oktober. (Meldung des „Neueren Bureau“.) Der Gouverneur der Republik hat eine Proklamation erlassen, nach welcher in den Distrikten *Elliot* und *Alangala* in Zentral- und Maclear, Mount Fletcher und *Matatiele* in Ost-Grüaland ähnliche Bestimmungen zur Anwendung gelangen, wie in den Distrikten, in welchen das Kriegrecht verhängt ist; die Verwaltung verbleibt inessen den Civilbehörden.

Dr. Geo Wilson.

und was die Stadtverordneten durchweg gegen das Verfahren ausgeführt hatten. In ganz ähnlicher Weise fällt das „Berliner Tageblatt“ andere bereits zugegebene Mängel. Das „Berl. Tageblatt“ hat es in der That fertig gebracht, diese Art Leistungen zu systematisieren.

Der bekannte Unfall, mit dem der Oberceremonienmeister Freiherr v. Kirchbach vor zwei Jahren der Stadtverordneten-Versammlung kam, hat auch in diesem Jahre zu den selbstverständlichen Konsequenzen geführt. In der gestrigen geheimen Sitzung der Stadtverordneten wurde beschlossen, der Kaiserin in diesem Jahre zu ihrem bevorstehenden Geburts-tage keine Adresse zu überreichen.

Ein Landerwerbs- und Bauverein ist vor einigen Tagen von Landeskolonisten Berlin und der Umgegend gegründet worden. Zweck des Vereins ist, größere Ländereien innerhalb des Vorortverkehrsgebietes zu erwerben und in Parzellen an die Mitglieder zu verlaufen. Die Verteilung soll, soweit nicht eine gütliche Vereinbarung zu erzielen ist, durch das Los erfolgen. Die Parzellen dürfen nach Belieben als Acker- oder Gartenland bewirtschaftet oder auch mit kleinen Landhäusern bebaut werden. Die Mitgliedschaft soll nicht auf die Landeskolonisten allein beschränkt bleiben, doch wird erwartet, daß das Unternehmen besonders in diesen Kreisen Beteiligung finden wird. Die Zahl aller Landeskolonisten Berlins und der Umgegend beläuft sich nach einer vom Landerwerbs- und Bauverein angestellten Berechnung gegenwärtig auf mehr als 40 000.

Der neue Schlachthofdirektor. In der heutigen Magistrats-sitzung wurde auf Vorschlag des Kuratoriums für den Schlachthof-Vieh- und Schlachthof als Nachfolger des in den Ruhestand getretenen Direktors Oekonomierat Hausburg der Schlachthof- und Viehhof-direktor Goltz in Köln a. Rh. gewählt.

Zu der Mitteilung der „Welt am Montag“ über die Zustände in der Stadtverordneten-Versammlung sendet Herr Stadtverordneter Leopold Jacobi an die Zeitungen folgende Zuschrift: „Auf die Anfrage des Herrn Stadtverordneten-Vorsitzers Dr. Langerhans hat der Redakteur der „Welt am Montag“ mitgeteilt, daß die Angriffe dieser Zeitung sich gegen mich richteten. Ich werde sofort die nötigen Schritte ergreifen, damit in gerichtlicher Verhandlung die völlige Unwahrheit der gegen mich ausgesprochenen Verleumdungen dargelegt wird.“

Eine Gasexplosion verheerte gestern um 8¹⁵ Uhr früh die Bewohner des Hauses Friedrichstraße 114 in Scherden. In der Wohnung des Rechtsanwalts Schönfeld im ersten Stock sollte gestern früh das Dienstmädchen die Wadelwaare säubern und zu diesem Zweck im Gasofen Wasser erwärmen. Das Mädchen drehte nun den Gasofen auf und bemerkte erst jetzt, daß es die Streichhölzer vergessen hatte. Ohne den Gahn wieder zu schließen, ging die Unvorsichtige nach der Küche zurück, um Streichhölzer zu holen. Unterdessen war das in großer Menge ausgeströmte Gas durch das Dampfrohr in den Schornstein entzündet. Als nun das Mädchen ein brennendes Streichholz an den Gahn hielt, explodierte das Gas mit einem gewaltigen Knall. Der Deckel flog vom Ofen herab, das Mädchen wurde von dem Luftdruck zurück, blieb aber unverletzt und lief davon. Eine große Verheerung richtete die Explosion im Schornstein an. Alenholzen flogen Ziegelsteine aus dem Mauerwerk heraus und fielen mit großem Gepolter in die Tiefe. Ueber dem Dach entstand ein Loch im Schornstein von ungefähr einem Geviertmeter. Der ganze Schornstein scheint von unten bis oben geborsten zu sein. In allen Stockwerken machte sich die Wirkung der Explosion gleichmäßig geltend, am meisten in den Kichen, aus deren Fenstern zahlreiche Scheiben in Scherben herausflogen. Verletzt wurde niemand. Im Laufe des Vormittags erschien eine Baukommission, um den Umfang des Schadens festzustellen.

In der Schöneberger Mordsache sind die Ermittlungen jetzt zu einem vorläufigen Abschluß gekommen. Während Nicolaus und Scholler entlassen werden konnten, wurden Hunge, der Schanowitz Jung und der Richter Reigel gestern mittag auf einen Bericht der Kriminalpolizei an die Staatsanwaltschaft beim Landgericht II dem Untersuchungsrichter zugeführt. Die Vernehmungen auf der Polizeidirektion dauerten gestern bis nach Mitternacht. Nach ihrem Ergebnis erscheint Hunge der Täterschaft, Jung und Reigel der Beihilfe und Mitwisserschaft dringend verdächtig. Daß Hunge die That wohl zugestanden ist, geht auch aus einer anderen Anzeige, die gegen ihn gestern noch erstattet ist, hervor. Ein Mann hat ihn bestimmt wiedererkannt als einen Wege-lagerer, der ihm vor vierzehn Tagen auf offenem Wege am Grunewald mit dem Revolver in der Hand entgegengrat und Geld und Wertgegenstände abnahm.

Ein schwerer Unglücksfall, bei welchem drei Personen verletzt wurden, ereignete sich gestern früh in der Brunnenstraße. In dieser Zeit passierte ein hoher Turmwagen der Electricitäts-Gesellschaft „Union“ die Brunnenstraße. An der Ecke der Damerstraße sollte der Wagen wenden, wobei das rechte Vorderrad so heftig gegen die Bordkante des Bürgersteiges stieß, daß der Wagen umstürzte und drei Arbeiter, die auf der oberen Plattform des Gefährtes standen, etwa vier Meter tief auf den Fahrdamm fielen. Auf dem Wagen befand sich auch ein mit brennendem Coals gefüllter Kasten, dessen Inhalt sich auf die Verunglückten ergoß. Hierbei erlitten ein Arbeiter schwere Verletzungen und Brandwunden, die seine Ueberführung nach dem Lazarus-Krankenhaus erforderlich machten. Seine beiden Gefährten kamen mit leichten Kontusionen davon. Der Wagen wurde mit Hilfe von Straßenbahn-Arbeitern wieder aufgestellt und fortgebracht.

Bei einem Zusammenstoß, der sich gestern mittag gegen 12 Uhr am Moritzplatz zwischen dem Straßenbahnwagen 1274 und einem Müllwagen ereignete, wurde die Plattform des Straßenbahnwagens erheblich beschädigt und der Fahrer nicht unerheblich verletzt. Die Schuld soll den Führer des Müllwagens treffen.

Unter Vergiftungsverdächtigungen starb, wie wir mitteilten, am Sonnabendmorgen die sechs Jahre alte Tochter Emma des Cigarrenhändlers Edmund Reichelt aus der Fehrbellnerstr. 45. Das Kind hatte am Donnerstagabend eine Knoblauchwurst gegessen. Es erkrankte am Freitagmorgen und bekam heftiges Erbrechen, Durchfall, Fieber und Krämpfe. Die ein Jahr ältere Tochter Johanna, die das andere Wüßchen von dem einzigen zum Abendbrot aufgetischten Paar aß, erkrankte am Sonnabendmorgen um dieselbe Zeit, als das Schwesterchen starb, unter denselben Erscheinungen. Da der Hausarzt Dr. Hölz, dem noch zwei Ärzte zur Seite gestanden hatten, alle medizinische Todesursache Vergiftung durch die gewonnene Wurst angab, so wurde die Leiche des verstorbenen Mädchens auf Veranlassung der Staats-anwaltschaft beschlagnahmt und gerichtsarztlich geöffnet. Die Leichenöffnung muß die Vermutung des Hausarztes bestätigt haben, denn der Totenschein, auf Grund dessen die Leiche freigegeben und am Donnerstagnachmittag auf dem Friedhof in Nieber-Schönhausen beerdigt wurde, bezeichnet nach dem Ergebnis der gerichtsarztlichen Obduktion als Todesursache ausdrücklich Fleischvergiftung. Das zweite erkrankte Mädchen liegt noch schwer danieder. Die Knoblauchwursten sollen einem Pösten von 200 Paar entnommen sein, den die Fleischmeister Lohde u. Richter aus der Fehrbellnerstr. 31 kurz vorher frisch angefertigt haben wollten. Nach den Angaben der Meister sind alle 200 Paar verkauft worden. Eine weitere Erkrankung ist aber bisher nicht bekannt geworden. Hiernach müssen besondere Umstände den Genuß der Wurst für die Reichelt'schen Kinder so verhängnisvoll gemacht haben. Welcher Art diese Umstände sind, wird noch Gegenstand einer weiteren Untersuchung sein.

Zu dem in Nr. 235 geschilderten Robeivergehen wird mitgeteilt, daß nicht der Arbeiter Christian Wilgers, sondern der von seiner Frau getrennt lebende Bürger Christian Bergius den 20jährigen Alexander Bonesslawski gekostet hat.

Strassenverengung. Die alte Leffing-Brücke wird behufs Abbruchs und Inangriffnahme des Neubaus vom 14. d. Mts. ab bis auf weiteres für Fußwege und Reiter gesperrt.

Theater und Vergnügungen. „Quer durch Paris“ heißt das Ausstattungsstück, das heute zum erstenmal im Circus Schumann gegeben wird. — Im Metropol-Theater wird die Posse „Eden war's doch“ mit Frau Saharet als Gast heute zum 50. Mal gegeben. — Im Theater der Urania wird Sonnabend, nachmittags 4 Uhr, der Vortrag „Mittelmeerfahrten“ von Geheimrat Professor Reisch gegeben. — In dem Ausstattungsstück, das vom Apollo-Theater vorbereitet wird, werden Königsquater Fischer mitwirken. Die braven Leute führen nämlich ihren „Nationaltanz“ „Schüttel de Dachs“ auf.

Arbeiter-Bildungsschule. Der Unterricht beginnt in Geschichte (Literatur bei den Hroöllern und im Altertum; Lehrer: Schriftsteller Dr. Rudolf Steiner) Montag, den 14. Oktober; Naturerkenntnis (die Lehre von der Energie; Lehrer: Dr. Robert Hassel) Dienstag, den 15. Oktober; Nationalökonomie (Voll-, Handels- und Verkehrspolitik; Lehrer: Schriftsteller Georg Bernhardt) Donnerstag, den 17. Oktober; Rede-Übung (Reden in mündlicher Rede und schriftlichem Vortrag; Lehrer: Dr. Rudolf Steiner) Freitag, den 18. Oktober. Der erste Abend jedes Kurses steht jedermann zum unentgeltlichen Besuch frei. Näheres siehe Lehrplan. Die Arbeiterschule wird zu recht zahlreichem Besuch eingeladen.

Die Rennen im Sportpark Friedenau, die vorigen Sonntag des schlechten Wetters wegen ausfielen, finden nunmehr diesen Sonntag statt. Der Sonntag wird eingeleitet durch ein internationales Fußball-Wettspiel zwischen dem ersten dänischen Fußball-Klub „Vejlsbyhøben af 1893“ und dem ersten Berliner Klub „Britannia“, so daß mit dem 50 Kilometer-Handicap um 4 Uhr begonnen wird.

Einer überaus zahlreichen Beteiligung erfuhr die erste Vortrag über Electricität, welchen Herr Professor Amberg am letzten Montag, den 7. Oktober, in der Deutschen Gesellschaft für vollständige Naturkunde hielt. Nächsten Montag wird Herr Professor Amberg die neuesten Erfindungen auf elektrischem Gebiete, unter andern die sprechende und singende Wogenlampe und das elektrische Lichtbogen-Klavier vortragen. Der Vortrag beginnt um 7¹⁵ Uhr. Näherer Auskunft über die Gesellschaft, die jeden die Rechte eines eingetragenen Vereins erworben hat, erteilt Ober-lehrer Dr. Greif, Köpcke-straße 142.

Aus den Nachbarorten.

Ueber die Korruptionsaffäre in Lichtenberg erhalten wir zur Ergänzung unserer gestrigen Mitteilungen noch folgenden Bericht: Wunderbare Dinge waren es, die am Donnerstag in der Gemeindevertretung zur Sprache kamen. Zu Anfang allerdings schien man sich wenig der Ereignisse bewußt zu sein, die in der Frage der Ausgemeindung des Herrn Jochen Händel von Donnermarkt zu gehörenden Terrain eine Rolle gespielt haben sollen. Der freisinnige Redner, Herr Plötz, bemängelte die Fassung des Kommissionsbeschlusses, um dann zu erklären, daß er, da nach allem, was in der Frage verlaubar wäre, Berlin das Terrain nicht zur Erweiterung des Viehhofes brauchen könne, also andre Zwecke damit verfolgen, nicht mehr für die Ausgemeindung zu haben sei.

Gemeinde-Verordneter Grauer vertrat darauf den schon früher von der sozialdemokratischen Fraktion eingenommenen ablehnenden Standpunkt. Der Redner begründete unter andern seine Stellung mit der überaus bezeichnenden Art der Agitation, welche die Agenten des Vertriebs des Juchten am Orte entfaltet haben. Schon in der Kommission habe er darauf hingewiesen, daß die Agenten behaupteten, nicht der Jucht betreibe die Angelegenheit von neuem, sondern der Gemeindevorsteher und ein Schöffe seien die Auftraggeber. Aus dem Rathaus — so sei in der Kommission berichtet worden — hätte ein Beamter das Anerbieten gemacht, gegen Provision in der Ausgemeindungsbilligung thätig zu sein. Einem Gemeindevorstand habe man für eine der Ausgemeindung günstige Stimme 3000 M. geboten; das höchste in diesen Beeinflussungsversuchen aber sei heute bei ihm, dem Redner, von zwei Agenten geleistet worden; acht bis zehn tausend Mark, unter Garantie zahlbar, sollten der Preis sein, wenn er seinen Widerstand aufhebe und es ihm gelänge, seine Freunde für die Sache günstig zu stimmen. Lebhafteste Bewegung und Pfuirufe folgten diesen Mitteilungen. Wenn weiter von andern Rednern auf angebotene Champagnergelage hingewiesen sei, so empfahle es sich, mit Leuten dieses Schlages zunächst jede Verbindung abzubringen und es Berlin zu überlassen, gegebenenfalls mit Lichtenberg direkt in Beziehung zu treten. Dieser Ansicht wurde auch am Vorabend zugestimmt. Der Gemeindevorsteher und der Schöffe Kiehlod erklärten, daß die Angaben des in der Sache am Orte wirkenden Herrn Berger unwahr seien; zum Schutze der verdächtigen Gemeindevorstände habe er zunächst Strafantrag gegen Herrn Berger gestellt, daß nunmehr aber auch der Gemeindevorstand einmütig die Ablehnung der Kommissionsvorlage (Siehe „Vorwärts“ Nr. 236 vom Mittwoch, den 9. d. M.) der Versammlung empfehle, sei selbstverständlich. Im Rahmen einer persönlichen Bemerkung erging durch Herrn Plötz an die Gemeindevertretung die Aufforderung, es möchten doch die Namen derer genannt werden, die gleich Grauer von den Agenten beigegeben seien; es sei dies um so notwendiger, als hier der Schein erweckt würde, daß die Lichtenberger Kommunalpolitik und damit die Geschicke des Ortes am Vortische „gemacht“ würden. Herr Gemeindevorsteher Kiehlod verwarf die gegen diese Annahme, ebenso dagegen, daß der Versuch gemacht sei, ihn zu beeinflussen. Herr Kiehlod, Herr Glaske und Herr Tiedle fanden es für notwendig, auf die Anregung des Herrn Plötz einzugehen und zu erklären, daß sie von Beeinflussungsversuchen nichts wüßten. Der Versuch, diese Angelegenheit einer Untersuchungskommission zu überweisen, wurde zurückgewiesen und so wird das Nachspiel in der Öffentlichkeit vor sich gehen.

In der Sitzung wurde ferner gegen die sieben Stimmen der Mitglieder des Gemeindevorstandes beschlossen, die für den Bau einer evangelischen Kirche geforderte Summe von 100 000 M. nicht zu bewilligen; ferner ergab sich aus Zweidrittelmehrheitsgründen die Notwendigkeit, das Gewerbegericht, wegen dessen man sich anfänglich mit einigen Nachbargemeinden in Verbindung setzen wollte, für den Ort Lichtenberg allein zu errichten.

Die Gemeindevertretung zu Groß-Lichterfelde hatte in ihrer jüngsten Sitzung zu dem notwendig gewordenen Erweiterungs-bau des hiesigen Armenhauses Stellung zu nehmen. Gemeindevorsteher Schulz betonte die Notwendigkeit des Baues, der bereits vollendet ist, und wies darauf hin, daß z. Bt. 60 Personen im Armenhause Aufnahme gefunden. Er erwähnte auch das Schicksal jener Handwerkerfamilie, die von ihrem Handwirt wegen Miet-rückstandes aufs Pflaster geworfen und dann vorläufig im Amts-gesängnis untergebracht wurde. Zum 1. Oktober fänden zwei Familien keine Wohnung. Trozdem glaubte Herr Schulz die Versicherung geben zu müssen, daß man von einer Wohnungsnot in Lichterfelde nicht reden könne. Die Kosten des Baues betragen 6200 M.

Gemeindevorsteher Hummel beantragte eine „Verordnung“ — eine polizeiliche natürlich — gegen radulaufstige Elemente im Armenhaus. Jede Woche einmal solle dort ein Schumann erscheinen, um bei den Insassen den nötigen Respekt vor dem Polizeistaat zu erzeugen.

Gemeindevorsteher Schulz erwiderte, daß er bereits mit dem Polizeikommissar darüber gesprochen. Der zeitgemäße Wunsch des Herrn Hummel kann also in Erfüllung gehen.

Die Kosten des Neubaus wurden bewilligt. Bei Erörterung des Vertrages mit dem Juchten wegen des An-schlusses von Dahlen an die Kanalisation in Lichterfelde wies Gemeindevorsteher Brause nach, daß im § 1 dieses Vertrages wohl die Verpflichtung Lichterfeldes, aber nicht jene von Dahlen bezüg-lich dem Juchten festgelegt worden sei. Er beantragte die nachträgliche Aufnahme. — Dieser Antrag wurde gegen die Stimme des Herrn Brause abgelehnt.

Die Termine für die Stadtverordneten-Wahlen in Charlottenburg sind nunmehr vom Magistrat endgültig festgelegt worden. Die dritte Wählerabteilung wählt am Mittwoch, den 6. November, von 9 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends, die zweite Wählerabteilung am Freitag, den 8. November, von 9 Uhr vormittags bis abends 8 Uhr und die erste Wählerabteilung am Sonn-abend, den 9. November, von 9 Uhr vormittags bis 2 Uhr nach-mittags.

Die Charlottenburger Armenverwaltung erläßt eine beachtens-werte Verfügung über die Unterbringung von Pflege-kindern. Einzelne Stadtärzte beschränken sich bei der ersten Vor-stellung der in städtische Pflege genommenen Kinder, auch der Säuglinge, auf eine kurze, oberflächliche Besichtigung, ohne eine ein-gehendere Untersuchung vorzunehmen. Die Armenverwaltung weist nun darauf hin, daß dies Verfahren, namentlich bei Säuglingen, die vielfach erblich belastet, zum Teil wegen Ueberfüllung der Krankenanstalten vor-zeitig aus ihnen entlassen, in einem bedauernden Zustande in die städtische Pflege kommen, nicht der Absicht entspricht, aus der heraus die sofortige Vorstellung bei dem Stadtärzte angeordnet worden ist. Sie ersucht deshalb dringend, alle neuen Pflegekinder, unbedingt aber alle Säuglinge, sofort bei der Vorstellung genau untersuchen und unbedingt alle erforderliche ercheinenden Maß-nahmen anordnen, bei Säuglingen vor allem auch die Pflegemütter über das, was sie im Interesse der Gesundheit und Kräftigung der Kinder zu thun haben, genau belehren zu wollen.

Durch die Charlottenburger Polizei ist der Deutsche Tierisch-Verein zu Berlin angewiesen worden, für die Zu-kunft in Charlottenburg auch in den Abendstunden den Hundefang ausüben zu lassen. Die Veranlassung dazu ist eine von Charlotten-burger Bürgern erhobene Beschwerde.

Der vermehrte Zeugenselbstmord von der königlichen Artilleriewerkstatt in Spandau ist wieder aufgefunden worden; er scheint sich in einem Zustand von Geistesverwirrung aus Spandau entfernt zu haben. Man traf ihn in der Nähe des Elgrabens bei Ruhleben an, wo er sich das Leben nehmen wollte. Der Unglückliche ist zur Beobachtung seines Geisteszustandes in das Garnisonlazarett zu Spandau gebracht worden.

Versammlungen.

Die polizeiliche Beschränkung des Straßenhandels

soll, wie es scheint, mit allem Nachdruck betrieben werden. Darüber ist die Deputation, die im Auftrage der Berliner Straßenhändler beim Oberbürgermeister Richter und beim Polizeipräsidenten v. Windheim wegen der bekannten Verordnung vorstellig wurde, nicht im Zweifel gelassen worden. Der Polizeipräsident soll, wie am Donnerstag in einer Händlerversammlung gesagt wurde, der Deputation gegenüber erklärt haben, daß die Ver-ordnung so bleiben soll, wie sie ist, und daß er kein Jota davon zurücknehmen will. Falls der Magistrat die Verordnung ablehnt, werde der Polizeipräsident andre geeignete Maß-nahmen gegen den Straßenhandel ergreifen. Auf die Vorhaltungen der Deputation, was denn mit den vielen tausend Händlern, deren Existenz infolge der Verordnung zu Grunde gerichtet wird, werden soll, habe Herr v. Windheim geantwortet, derartige wirtschaftliche Fragen gehen ihm gar nichts an, er wolle vor allen Dingen die Berliner Straßen rein haben. Auf die Beschwerde, daß die schon vorhandenen Verord-nungen von den Reviervorständen verschiedenartig gehandhabt und die Händler nur deshalb oftmals bestraft werden, antwortete der Polizeipräsident: die Polizeileitungen werden für die verschiedenen Hand- habung der erlassenen Bestimmungen wohl auch ihre Gründe haben und übrigens wäre das Strafmaß von 15 M. zu gering, es müßten 30 M. bezahlt und täglich 10 Anzeigen erstattet werden, dann würde den Händlern schon die Lust ausgehen und sie endlich von den Straßen verdrängen. Der Polizeipräsident soll der Deputation auf ihren Hinweis, daß die Arbeitslosigkeit eine sehr große ist, daß die Saisonarbeiter im Winter Handel betreiben und daß durch die Verordnung noch mehr Not und Elend entstehen werde, entgegnet haben: Was geht das mich als Polizei-präsidenten an? Lassen Sie mich mit den Saisonarbeitern zufrieden! Eine große Arbeitslosigkeit giebt es gar nicht; die Maurer und Zimmerer mögen nur mauern oder zimmern, dann brauchen sie nicht zu handeln. Herr v. Windheim habe dann noch behauptet, daß durch den Straßen-handel viel Unglücksfälle entstehen, und darauf hingewiesen, daß jedwede Ansammlungen, die durch die Straßenhändler veranlaßt, in Zukunft nicht geduldet und entsprechende Verfügungen erlassen werden sollen.

Vom Oberbürgermeister Richter wurde die Deputation doch etwas freundlich aufgenommen. Es wurde ihr mitgeteilt, daß der Magistrat voraussichtlich der Verordnung seine Zustimmung nicht giebt und daß die Wünsche und Beschwerden der Händler geprüft werden sollen.

Nach einer lebhaften Kritik der Äußerungen des Herrn v. Windheim und nach längeren Auseinandersetzungen mit dem Redacteur Bösch vom Bund der Haus- und Gewerbebetreibenden nahm die Versammlung folgende Resolution an:

Die im Gewerkschaftshause tagende Straßenhändler-Versamm- lung protestiert energisch gegen die Antwort des königl. Polizei-präsidenten; die Versammlung steht nach wie vor auf dem Stand-punkt, daß die Verordnung geeignet ist, den Straßenhandel unmöglich zu machen. Die Versammelten erwarten vom Magistrat und den Stadtverordneten, daß sie der Verordnung ihre Zustimmung nicht geben. Im weiteren verpflichten sich die Händler, der Organisation beizutreten, um gemeinschaftlich den Kampf gegen die Vernichtung ihrer Existenz führen zu können.

Zu den Stadtverordneten-Wahlen in Charlottenburg.

Der sozialdemokratische Wahlverein für Char-lottenburg hielt am Donnerstag in der Gambius-Strasse eine außerordentliche Generalversammlung ab, in welcher die Kandidaten zu den am 4. November stattfindenden Stadtverordneten-Wahlen aufgestellt wurden. Genosse Girsch hielt ein Referat, in welchem er das gegenwärtige, das Volk entmensche Wahlsystem geißelte; zwei Mandate von 68 hat unsere Partei im Besitz. Aber trotz des Wahlsystems würden wir viel weiter sein, wenn alle Genossen ihre Schuldigkeit thäten. Die 22 Sitze der dritten Abteilung können und müssen wir erobern. Der Vortragende ging dann auf die Art der Agitation und die Notwendigkeit der Kleinarbeit ein; die mündliche Aussprache mit den Revierkollegen ist die Hauptsache; in der Fabrik und zu Hause, auf Spaziergängen und am Vortisch müssen die kommenden Wahlen in den nächsten Wochen der ständige Gesprächsstoff sein. Die Indiffe-renten müssen immer und immer wieder auf die Bedeutung der Wahlen und unsere Bestrebungen hingewiesen werden. Ebenso muß eine rege Hausagitation entfaltet werden, durch welche alle die-jenigen erfasst werden, die in die öffentlichen Versammlungen nicht kommen. Besonderes Gewicht ist auch darauf zu legen, die Frauen aufzuklären und zu gewinnen. Gar mancher Mann ist in sträflicher Indolenz leider nicht an die Wahlurne zu bringen, wenn er nicht von seiner Frau gedrängt und vorwärts gestoßen wird. Und die Frauen sehen recht gut ein, wie wichtig die vernünftige Verwaltung der Kommune für ihr eigenes Interesse ist; die entsetzliche Wohnungsnot, die gegenwärtig in Charlottenburg besteht, die Kohlen-tennung, der verheerende Mißwuchs und so vieles andre, vor allem auch der geplante Votzoll sind geeignet, das Interesse aller Haus-frauen am öffentlichen Leben aufs stärkste wachzurufen. Wenn wir das alles in geeigneter Weise benutzen, wird der Sieg unser sein; wir werden an Macht und Einfluß gewinnen und durch die ver-stärkte Zahl unserer Stadtverordneten manches Schädliche hinter-treiben, manches Klägliches durchführen können.

Dem Vortrag folgte eine rege Diskussion, in welcher zum Teil die gegenwärtigen Zustände bezüglich der Wohnungs- und Kohlennot näher beleuchtet, zum Teil Erfahrungen von früheren Wahlen mit-

IV. Wahlkreis (Osten).

(Koppenstr. 29) **Louis Kellers Festsäle** (Koppenstr. 29)

== Sonntag, den 13. Oktober: ==

Stiftungs-Fest

des

Socialdemokratischen Wahlvereins

bestehend in

Vokal- und Instrumental-Konzert

unter Mitwirkung der Gesangsvereine **Liedesfreiheit I.** und der **Männer** (Wilmersdorf).
Auftritt der Gesellschaft **Strzelowicz**. — Turnersche Aufführungen von Mitgliedern des Turnvereins **Fichte**. — Musik unter Leitung des Musikdirektors Herrn G. Grass.

Grosser Ball.

Eröffnung 4 Uhr. — Anfang 5 Uhr. — Billet 25 Pf., an der Kasse 30 Pf. — Programm gratis!

Verband der Möbelpolierer.

Heute abend 8 1/2 Uhr in Weissensee, Köpckestraße 20:

Verammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen **Wermuth**. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches. 4. Verschiedenes.

Montag, den 14. d. M., abends 8 1/2 Uhr, Kuffsteinstr. 40:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen **Adolf Hoffmann** über: „Woher kommen wir?“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Für bessere Information werden heute abend in den zahllosen Besprechungen an die Mitglieder gegeben. 147/9
Kollegen! In der Hof-Möbelwerkstatt F. A. Schütz in Leipzig sind Differenzen ausgedrückt.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau: Engel-Hof 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.

Sonntag, den 12. Oktober cr., abends 8 1/2 Uhr:

Konferenz der Vertrauensleute des Norden

bei Diecke, Hildstraße 123.

Sonntag, den 13. Oktober, vormittags 10 Uhr, bei Neissner, Chausseestraße 72:

Versammlung der Feilenarbeiter.

Sonntag, den 13. Oktober, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Hof 15, großer Saal:

Allgemeine Versammlung

der Gas-, Wasser- und Heizungs-Rohrleger und Helfer.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen **Th. Metzner** über: „Die Krisen, ihre Ursachen und Wirkungen.“ 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.
Zu dieser Versammlung sind die Kollegen der Firmen **Seelmayer, Waecher & Ehrlich** und **Busso, Tegeler & Schaeffer**, ganz besonders eingeladen.

Sonntag, den 13. Oktober 1901, vormittags 10 Uhr:

Versammlung der Metallschleifer

im Gewerkschaftshaus, Saal I, Engel-Hof 15.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen **Dr. Zadek** über: „Die Bedeutung des Alkohol für die Arbeiter.“ 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.

Montag, den 14. Oktober 1901, abends 8 1/2 Uhr:

Bezirksversammlung für Rummelsburg

bei Müller, Türschmidtstraße 37.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen **C. Schmidt**. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.

Dienstag, den 15. Oktober cr., abends 8 1/2 Uhr:

Bezirks-Versammlung für Nixdorf

bei Gröpler, Bergstraße Nr. 147.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen **Dr. Steiner**. 2. Diskussion und Verbandsangelegenheiten. — Zahlreichen Besuch erwartet.
119/15

J. Wand's Kleidermagazin für Alt und Neu!

Prinzess-Strasse 17.

Täglich Eingang von Monatsanzügen, Monatspötelis, Gesellschaftsanzügen, in den feinsten Stoffen gearbeitet, auch für korpulente Personen passend, zu staunend billigen Preisen. 10506

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.

Am Dienstag verstarb unser langjähriges Mitglied der Reichsblätter **Emil Schmidt**.

Seine letzten Wünsche!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 13. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Halle des neuen Kirchhofs der Jerusalem-Gemeinde aus statt 119/14 Die Ortsverwaltung.

Verband der Möbelpolierer.

Am 10. d. M. verstarb unser Kollege

Adolf Petzhold

im Alter von 28 Jahren.

Die Beerdigung findet am Montag, den 14. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Halle des neuen Kirchhofs der Jerusalem-Gemeinde aus nach Wilmersdorf statt. 147/20
Um zahlreichere Beteiligung bittet
Der Vorstand.

Außerordentliche General-Versammlung

der

Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer

der

Ortskrankenkasse

der

Maschinenbau-Arbeiter

und verw. Gewerbe zu Berlin

am

Montag, den 21. Oktober d. J.,

abends 8 Uhr,

im Räumlichen Lokal,

Braunstraße Nr. 188.

Tages-Ordnung:

1. Beschlusseckung über die

Erhaltung oder Abschaffung der freien

Krankenkasse. 2. Verschiedenes.

Anfragen und Beschwerden, zu

welchen die Einsicht in die Kassen-

bücher notwendig ist, müssen bis zum

20. d. M. mündlich oder schriftlich

beim General-Verbandsrat in der

Generalversammlung dem Vor-

stande mitgeteilt werden.

Zahlreiches und pünktliches

Erscheinen der Herren Vertreter ist

wegen der Wichtigkeit der Tages-

ordnung unbedingt erforderlich.

Das Mandat legitimiert.

Berlin, den 12. Oktober 1901.

10705 Der Vorstand.

Aug. Löhke. Carl Guthalt.

Kohlen sind billiger.

100 Stck 8 Zoll lang nur 65 Pf.

100 „ 7 „ „ 75 „

100 „ 6 „ „ 90 „

1 Scheffel bester Steinkohlen 90

ab Platz Mitte Brandenburgerstr. 14.

12 Handwagen borge umsonst!

Josef Richter, Amt VII, 2012.

Lessing-Hochschule.

(Sonder-Abteilung der Lessing-Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft.)

Volkstümliche Vortrags-Cyklen für Herren und Damen.

(Beginn der ersten Cyklen: Montag, den 14. Oktober.)

Fritz Stahl: Die klassische Malerei in Einzeldarstellungen. (Mit Lichtbildern.)

8 Vorträge. Dienstagabend 9-10, Philharmonie.

Dr. Max Osborn: Die moderne Malerei in Einzeldarstellungen. (Mit Lichtbildern.)

8 Vorträge. Dienstagabend 9-10, Philharmonie.

Wilhelm Bölsche: Natürliche Entwicklungsgeschichte des Menschen. 8 Vorträge.

Donnerstagabend 9-10, Niederwallstrasse.

Philipp Spandow: Die literarischen Neuerscheinungen der Woche. 9 Vorträge.

Freitagabend 9-10, Steglitzerstrasse.

Derselbe: Einführung in Lessings Meisterdramen. 9 Vorträge. Donnerstagabend 9-10,

Niederwallstrasse.

Dr. Curt Demme: Moderne Fragen der Medizin. 8 Vorträge. Montagabend 9-10,

Niederwallstrasse.

Rechtsanwalt Kurt Jacusiel: Verbrechen und Strafe. 9 Vorträge. Freitagabend

9-10, Niederwallstrasse.

Professor Alexis Hollaender: Zum Verständnis des musikalischen Kunstwerks

(mit musikalischen Erläuterungen). 8 Vorträge. Freitagabend 9-10, Steglitzer-

strasse.

Leo Silberstein-Gilbert: Erfindungen und Entdeckungen des letzten Jahrhunderts

9 Vorträge. Montagabend 9-10, Niederwallstrasse.

Theodor Kappstein: Der deutsche Roman in der Gegenwart. 8 Vorträge. Donnerstag-

abend 9-10, Steglitzerstrasse.

Derselbe: Von Schopenhauer bis Nietzsche. 8 Vorträge. Donnerstagabend 9-10,

Steglitzerstrasse. 179/16

Hörgebühr (für Damen u. Herren) für jeden Cyklus (8-9 Vorträge)

4 Mark.

(Für die Lichtbilder-Cyklen (1 und 2) nummerierte Plätze auf den ersten 10 Reihen

gegen 1 Mark Zuschlag.)

Ausgabestellen: Berliner West-Buchhandlung Kantorowicz, Potsdamerstrasse 135;

Buchhandlung Herm. Lazarus, Friedrichstr. 69; L. Hermann & Co., Neue Promenade 5.

Auf schriftliche oder telefonische Bestellung (Amt IX, 7022) an die zuerst genannte

Stelle Zusendung der Karten ohne Preiserhöhung. Von dort werden auch

ausführliche Programme kostenlos zugesandt!

Central-Verband der Brauer und Berufsgenossen.

Sektion der Hilfsarbeiter.

Sonntag, den 13. Oktober, nachmittags 1 Uhr, bei Kellner, Koppenstr. 29:

General-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 3. Quartal. 2. Renoual des Vorstandes. 3. Vereins-

angelegenheiten. 41/15

Pünktliches u. zahlreiches Erscheinen ist notwendig.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Vorstand.

Achtung! Marmorarbeiter. Achtung!

Sonntag, den 13. Oktober, nachmittags 2 Uhr,

im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c:

Öffentl. Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vierteljahr-Abrechnung. 2. Wie stellen sich die Kollegen zu einer

Centralisierung der Marmorarbeiter Deutschlands? Referent: Kollege

Birtler. 3. Diskussion. 4. Gewerkschaftliches.

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Vertrauensmann.

Mineralwasser-Arbeiter

Berlin und Umgebung.

Sonntag, den 13. Oktober, nachmittags 4 Uhr, in den „König-

Sälen“, Neue Königstraße 26 (Hauptingang Wadjeckstraße):

Öffentliche Versammlung

Tages-Ordnung:

Welche Vorteile bietet und der Anschlag an die Gewerkschaftskommission?

Referent: Genosse A. Körsten. 1078b

Berliner Konsum-Verein.

Neueröffnete Verkaufsstelle:

Gmdener-Strasse 45.

Außerdem Verkaufsstellen in: Beusselstr. 56; Wadjeckstr. 21; Michaelkirchplatz 4;

Kranzstr. 7; Wadjeckstr. 4a; Wadjeckstr. 4b; Wadjeckstr. 4c; Wadjeckstr. 4d;

Stralauer Allee 174; Rummelsburg: Türschmidtstr. 6. 1205/3

Achtung! Emil Richter Achtung!

empfehlte seine freundlichen Vorkenntnisse. Warme und kalte Speisen zu jeder

Tageszeit. Großer Vereinszimmer mit Piano, auch für Gewerkschaftsfest-

geeignet, steht zur Verfügung. 990f

Pankow, Wollanstr. 91. Fernsprecher: Amt Pankow: No. 74.

Waren-Haus P. Elend

Reinickendorfer Strasse 8a.

direct an der Bahnstation Wedding.

Sonabend bis 10 Uhr Abends, Sonntags bis 2 Uhr Nachm. geöffnet.



Capes, hoch-chic garnirt 4,50 M. Damen-Jaquet, eleg. 2,95 M. Federleicht 2,95 M. Eleg. Capotte 1,95 M. Hoch-chic.. 3,50 M. Mädchen-Sacco 1,95 M. Sacco, eleg. Sitz, 6,45 M.

Litterarische Rundschau.

H. H. Jhaless, Socialpolitische Essays. Stuttgart, J. G. M. Dietz. 351 S. gr. 8°.

Fünf Abhandlungen, in denen der Verfasser nacheinander folgende Fragen untersucht: „Technik und Wirtschaft als Grundlagen der Kultur“, „Eigentum, Gemeinsein und Klasseninteresse“ als Triebkräfte des sozialen Lebens, „Der Kampf der sozialen Gruppen“ als Folgen des Wirkens dieser Kräfte, „Persönlichkeit und Milieu“ als die Frage der Bedeutung der hervorragenden Persönlichkeiten in diesen Kämpfen, und „Gemeinliches und Besonderheiten in der Geschichte der Völker“ als die Frage nach der Größe und Bedeutung nationaler Verschiedenheiten in der Geschichte und den sozialen Kämpfen der Gegenwart. Der Verfasser, ein auf Grund seiner vorgeschrittenen Anschauungen in Ausland gemahregelter Gelehrter, erklärt in einem kurzen Vorwort, daß er die Aufgabe als ein zusammenhängendes Ganze betrachtet, und schon die bloße Aufzählung der Titel läßt erkennen, daß diese Ansicht wohl begründet ist. Das Buch kann als eine einheitlich angelegte Untersuchung einiger der wichtigsten Elemente der Gesellschaftsentwicklung bezeichnet werden.

Der Standpunkt des Verfassers ist ein reichhaltiger sozialistischer. Als Sozialist stellt sich Jhaless in der Hauptsache auf den Boden der marxistischen Lehre, ohne jedoch alle Folgerungen zu unterzeichnen, die von deren Vertretern gezogen worden sind. So anerkennt er die Klassenkampftheorie von Marx und stellt die Triebkraft des sozialen Lebens in der Geschichte der Völker als die Frage nach der Größe und Bedeutung nationaler Verschiedenheiten in der Geschichte und den sozialen Kämpfen der Gegenwart. Der Verfasser, ein auf Grund seiner vorgeschrittenen Anschauungen in Ausland gemahregelter Gelehrter, erklärt in einem kurzen Vorwort, daß er die Aufgabe als ein zusammenhängendes Ganze betrachtet, und schon die bloße Aufzählung der Titel läßt erkennen, daß diese Ansicht wohl begründet ist. Das Buch kann als eine einheitlich angelegte Untersuchung einiger der wichtigsten Elemente der Gesellschaftsentwicklung bezeichnet werden.

Ueberhaupt ist das Buch Jhaless nicht von Irrtümern und selbst Widersprüchen frei. Ganz falsch beurteilt der Verfasser z. B. Lassalle, wenn er von ihm auf Seite 240/41 sagt, er habe die Bereitwilligkeit der preussischen Regierung, den Arbeitern zu helfen, im höchsten Grade übertrieben und damit gerechnet, daß die preussische Regierung noch vor der Umgestaltung des Wahlrechts die Verwirklichung seines Genossenschaftsplans fördern werde. Nicht nur hat Lassalle nichts dergleichen erwartet, sondern im Gegenteil mit Leidenschaft gegen die Idee protestiert, ohne vorherige Durchführung des allgemeinen Wahlrechts Genossenschaftsexperimente ins Werk zu setzen. Vergleiche die Antwort auf die Rezension der „Kreuzzeitung“, wo Lassalle die Trennung der sozialen von der politischen Seite seines Programms für „aus tausend Gründen ebenso unmöglich wie unmöglich“ erklärt und hinzufügt, daß nur mit dem allgemeinen Wahlrecht den Arbeitern die Garantie für eine wirkliche, ernsthafte und nachhaltige Ausübung der Produktionsassoziationen im großen gegeben wird, und das Wort im großen noch besonders hervorhebt, weil Versuche im kleinen nicht einmal einen experimentellen Wert hätten. (Gesamtausgabe 2. Bd. S. 278/279.) So viel auch sich vom ökonomischen Standpunkte aus gegen Lassalles Genossenschaftsplan einwenden läßt, so verfehlt es es, aus ihm in der Weise, wie Jhaless thut, ein Verfehlen der modernen Klassenkämpfe herauszudeckeln zu wollen. Auch Lassalles Auffassung vom Staat wird von Jhaless in einer Weise beurteilt, die wie für falsch erklärt werden muß. Lassalle hat trotz seines Staatskultus sehr scharf zwischen Staat und Staat unterschieden, ist nie müde geworden, den Arbeitern zuzurufen, daß „nur der Staat des allgemeinen Wahlrechts“ ihnen gründlich helfen werde.

Ein Widerspruch ist es, wenn Jhaless im zweiten Aufsatz auf S. 80 es als eine Vergeßlichkeit des Begriffs Altruismus erklärt, im solidarischen Zusammenstehen der Arbeiter auf Grund der Klasseninteressen eine über das Eigeninteresse hinausgehende altruistische Gesinnung zu erklären, auf Seite 125 aber den Zusammenstehen des im weitesten Sinne verstandenen Proletariats zum Kampfe für eine glücklichere Zukunft als „den höchsten, den verheißungsvollsten Altruismus“ bezeichnet. Offenbar handelt es sich in beiden Fällen um eine Mischung egoistischer und altruistischer Motive, wobei nur das Mischungsverhältnis ein verschiedenes ist. Noch an andern Stellen fordert gerade der Auffass, der das Thema „Eigentum, Gemeinsein, Klasseninteresse“ behandelt, zur Kritik heraus. So ist es entschieden übertrieben, die Gegnerschaft der männlichen Angehörigen der herrschenden Klassen gegen die rechtliche Gleichstellung der Frauen lediglich auf das persönliche Interesse zurückzuführen. So schwer dieses dabei in die Waagschale fällt, so ist doch auch die Zahl derjenigen Gegner der Gleichstellung der Frauen nicht gering, deren Haltung in erster Linie durch ideologische Gründe bestimmt wird.

Ein Irrtum oder Schreibfehler ist es, wenn Jhaless auf S. 91 Charles Booth, den Verfasser des großartigen Werks über das Leben und die Arbeitsverhältnisse der ärmeren Bevölkerung Londons, mit William Booth, dem General der Heilsarmee, identifiziert. Andre faktische Irrtümer mögen hier übergangen werden.

Als den besten der vorliegenden Aufsätze Jhaless möchten wir den vierten Aufsatz bezeichnen, der das Verhältnis von Umwelt und Persönlichkeit, insbesondere den Einfluß der Persönlichkeiten untersucht, wobei der Uebermenschenkultus ebenso scharf kritisiert wird wie die Ansicht, daß es auf die Einzelnen in der Geschichte überhaupt nicht ankomme. Sagt der Verfasser in der Vorrede dieser Anschauungen auch wenig grundtätig Neues, so sagt er doch das, was er vorträgt, an der Hand einer überzeugenden Beweisführung in überaus klarer und einfacher Weise. Auch ist seine Darstellung keineswegs abstrakt-theoretisch. Sie steht bei ihm in engem Zusammenhang mit der praktischen Frage, wie die Völker von einzelnen machtbegabten Persönlichkeiten zu erwarten haben, wobei dann gezeigt wird, wie wenig selbst der russische Zar in Bezug auf soziale Reformen auszurichten vermag, so lange Ausland kein verfassungsmäßiges Leben und starke demokratische Einrichtungen besitzt.

Unser Gesamturteil über das Jhaless'sche Buch können wir dahin zusammenfassen, daß es dem Kenner der sozialistischen Literatur in Bezug auf die großen Grundgedanken der Theorie nichts Neues darbietet, dagegen zur Erklärung und Anwendung der Theorie viel schätzenswerte Beiträge liefert. Es ist das Werk eines belebten Forschers, reich an treffenden Bemerkungen und ebenso klar wie übersichtlich und fesselnd geschrieben. Ed. B.

Neue Zoll- und handelspolitische Literatur.

Dr. Georg v. Mayr, Professor an der Universität München, liefert. Unterstaatssekretär. J. D., Zolltarif. Entwurf und Wissenschaft. München und Berlin 1901, Verlag von H. Oldenbourg. 98 S. 8°.

Prof. Dr. August Ouden, Was sagt die Nationalökonomie als Wissenschaft über die Bedeutung hoher und niedriger Getreidepreise? Berlin 1901, Verlag der „Monatlichen Nachrichten zur Regulierung der Getreidepreise.“ 95 S. 8°.

Mit dem Herantreten des Abklausurtermins der sog. Capribischen Handelsvertreter häuft sich auch die Masse der Schriften, die in irgend einer Form Zoll- und handelspolitische Fragen behandeln: schwerfällige Werke, die ein gründliches Studium verraten und schärfen, auf das gewandte Interesse des großen Publikums berechnete Dudenbüchlein — Erstes und Letztes. Zum letzten Genre, dem Letzteren, gehört die oben genannte Schrift des Herrn Dr. Georg v. Mayr, ordentlichen Professors der Statistik und Nationalökonomie an der Universität München. Seit einiger Zeit widmet dieser Herr sich in anerkannter Ausdauer der schönen Aufgabe, für die Erklärungen des heutigen Wirtschaftslebens langwierige wissenschaftliche Erklärungen und Definitionen zu finden, um dann hinterher aus diesen den Beweis abzuleiten, daß alle unsere jetzigen Wirtschaftsverhältnisse wissenschaftlich begründet seien und also gar keine Ueberbaurung, an ihnen zu mädeln. Von diesem Standpunkt aus hat er vor ungefähr Jahresfrist seine „Pflicht im Wirtschaftsleben“ geschrieben, in der er „Wissenschaft“ die Pflichten des Vaters, verbrauch, der Güterverteilung und der Gütererzeugung konstruiert und als spezielle Pflicht der Arbeiter die der letzteren Art, d. h. die Pflicht zu arbeiten nachweist: eine Pflicht, aus der sich nach seiner Folgerung der weiteren die Pflicht der Ermöglichung größtmöglicher, immerwährender, von allen Störungen durch einen antisozialen Willen eines einzelnen Faktors freigehaltener „Produktion“, mithin die Berechtigung der Suchbühnenverträge ergibt. Ein Pendant zu dieser gewiß ansehnlichen Leistung ist seine Broschüre „Zolltarif und Wissenschaft“, in der er nach demselben Beweischema darlegt, daß der am 26. Juli von der Regierung veröffentlichte Zolltarif-Entwurf die Aufgabe der höchsten wissenschaftlichen Maßstäbe vertritt, daß folglich der Entwurf die Wissenschaft selbst ist.

Grundriss macht sich Herr v. Mayr daran, zu zeigen, daß, wie er sagt, „in dem wissenschaftlichen Weltbild, welches die bevorstehende Reorganisation unserer Handelspolitik veranlaßt hat, den Autoritäten, die auf dem Boden des Freihandelsargumentes sich bewegen, nicht minder bedeutsame Männer der Wissenschaft gegenüberstehen, welche die Unzulänglichkeit der Freihandelslehre in erfolgreicher Weise darlegen“. Er nimmt in einer einzigen zwanzig Seiten umfassenden „Ueberschau“ nach einander die neuesten Schriften und Äußerungen Lugo Brentanos, Heinrich Diehls, Adolf Wagners, Karl Diehls, August Oudens, J. Conradts, Walther Vogt, Julius Wolffs, Heinrich Dades, H. Oldenburgs usw. vor, giebt eine kurze Charakteristik der verschiedenen Ansichten dieser Autoren, fügt ein paar anerkennende oder abfällige Worte hinzu, und schließt dann, daß nach der gegebenen Uebersicht von einem Verdikt der Wissenschaft gegen „eine angemessene Ausgestaltung agrarischer Schutzzölle“ nicht gesprochen werden könne. Als entscheidend für sein Urteil über den Wert oder Unwert der Leistungen der von ihm erwähnten Professoren gilt Herrn v. Mayr deren Stellung zu den Zollforderungen des Bundes der Landwirthe. Wer für Weizen- und Roggenzölle von über 65 M. pro Tonne, recht hohe Viehzölle und das Doppel-Zollsystem eingenommen ist, ist ein mehr oder minder gemalter „Mann der Wissenschaft“, wer weniger verlangt, steht nicht mehr ganz auf der Höhe, und wer nichts von einer Steigerung der landwirtschaftlichen Zölle wissen will, nun der versteht einfach nichts von den wirtschaftlichen Bedürfnissen unserer Zeit.

Aber dieser Maßstab ist nicht der einzige; daneben kommt in Betracht, ob der Beurteilte Professor an derselben Universität ist, an der Herr v. Mayr die wissenschaftliche Jugend in die Geheimnisse der Volkswirtschaftslehre einführt, ob er ordentlich oder unordentlich Professor ist, ob er den Titel als Geh. Regierungsrat, Regierungsrat oder vielleicht nur als Hofrat hat. So ist denn Lugo Brentano trotz seiner Gegnerlichkeit gegen Zollserhöhungen immerhin noch ein gewandter Dialektiker und glänzender Stilist, niedrigerer Qualität ist schon Professor Conradt, und Professor Helfferich, der noch nicht Regierungsrat ist, in Berlin doziert und sogar den Hamburgern Vorträge hält, der ist schließlich ein ganz einseitiger Mensch, dessen Buch über „Handelspolitik“ einen absoluten Mangel an Heimatsein und Nationalbewußtsein verrät. Dagegen bietet H. Oldenberg wieder in seiner Schrift „eine hervorragende Leistung“, und Dr. Dades Artikel über Agrarzölle in dem zweiten Band der Beiträge zur neuesten Handelspolitik Deutschlands ist eine Arbeit, die hinsichtlich der Darbietung wohlgeordneten statistischen Materials gegen Professor Conradts Leistung nicht zurückfällt, während sie andererseits die weit ausgedehnte die Folgerichtigkeit der aus dem Material gezogenen Schlüsse übertrifft; noch größer jedoch wie Dade ist Ruhland, der sogar eine „mit weitestgehenden historischen Bildnissen angefüllte Darstellung der Hauptprinzipien der neuen nationalökonomischen Schule“ bietet.

Nachdem Herr v. Mayr derart seine Leser in die Materie eingeführt hat, geht er an die Untersuchung, wie weit der neue Zolltarifentwurf den Forderungen der Wissenschaft entspricht oder, wie er es nennt, an dessen „objektiv wissenschaftliche Würdigung“. Das Verfahren, das er damit einschlägt, ist folgendes: er bietet zunächst für die Anordnung, Einteilung und wichtigsten Punkte des neuen Tarifs, ohne sich auf diesen direkt zu beziehen, allererst geschwollene Erklärungen und Begründungen, erklärt diese für Wissenschaft und vergleicht dann, wie weit der Entwurf ihnen angepaßt ist. Als Resultat findet er natürlich, daß fast alles genau stimmt, und deshalb der Tarif in jeder Beziehung leistet, was nach wissenschaftlicher Auffassung gefordert werden könne.

Die Sache ist schon mehr humoristisch. Und thörichtlich läßt sich dem, der den alten und den veröffentlichten neuen Tarif liest, die Refürre der Mayrschen Schrift beifügen — nicht zur Belehrung, aber zur Erheiterung. Es steht eine gute Dosis unwillkürlicher Komik in dem Vordringen. Als Probe dieser guten Eigenschaft und um dem Leser nicht ganz den Genuß der Mayrschen Wissenschaft zu entziehen, seien hier zwei kurze Beispiele mitgeteilt. Bekanntlich sind in dem jetzt geltenden Tarif die Positionen alphabetisch nach Stichworten geordnet, während der neue Entwurf eine Einteilung nach Produktionsgruppen vorzieht. So heißt es denn S. 41 in der Mayrschen Schrift:

„Was zunächst den allgemeinen Aufbau anlangt, so erwächst dem Verfasser des Schemas die Aufgabe, in wohlgeordneter und erschöpfender Weise einen Ueberblick der sämtlichen Produktionszweige zu geben, deren Produkte den Gegenstand des auswärtigen Warenverkehrs bilden. In befriedigender Weise wird dieser Ueberblick dann nicht wohl gewonnen werden können, wenn die Aufzählung der einzelnen Warengruppen im Anschluß an zufällige historische Gestaltung nach alphabetisch geordneten Hauptstichworten erfolgt. Das Richtige wird ein systematisch aufgebautes Schema sein, welches vor allem die Hauptproduktionsgruppen (Ar-

produktion im Bergbau und in Land- und Forstwirtschaft, sodann Industrie) aneinanderhält und die vielfältigen Produktions-Untergruppen der Industrie in angemessenen Zusammenfassungen vorführt.“

Indes mit diesem hier geforderten streng systematischen Aufbau hapert es im Tarifentwurf mehrfach recht bedenklich, es könnte also möglicherweise aus dem obigen Ausführungen ein Vorwurf gegen das Schema des Entwurfs hergeleitet werden. Das darf natürlich nicht sein, und so fügt der Herr Unterstaatssekretär v. Mayr hinzu, neben der Logik können jedoch noch „die besonderen Rücksichten erleichterter Handhabung des Tarifs durch die Zollbehörde“ in Betracht und deshalb könne nicht übersehen werden, wenn der streng wissenschaftliche Aufbau der einzelnen industriellen Produktionsgruppen im Zolltarifschema nicht durchweg zum Ausdruck gelangt und in Abwägungen hiervon Konzessionen an die Bedürfnisse der Zollbehörde gemacht werden.“ Damit ist der Entwurf, so wie er ist, gerechtfertigt.

Wehrlich, geht es mit Herrn v. Mayrs Stellungnahme zum Doppelzoll. Weitgehendes führt er aus, daß das Doppelzollsystem eine angemessene Rüstung für Handelsverträge — Verhandlungen liefert, daß „für die auf Grund desselben tatsächlich zum Abschluß gelangenden Handelsverträge die parlamentarischen Fährlichkeiten der Genehmigung“ sehr herabgemindert seien, während es andererseits keineswegs, wie fälschlich behauptet werde, eine Rücksichtslosigkeit, sondern vielmehr eine Rücksicht gegen das Ausland bedeute, indem diesem von vornherein etwa vorhandene Illusionen genommen würden. Daraus folgt, will Herr v. Mayr nicht aller Konsequenz ins Gesicht schlagen, daß unbedingt ein möglichst vollständiger Doppelzoll aufgestellt werden muß, und thörichtlich empfiehlt er denn auch „eine möglichst allgemeine Anwendung“ desselben; aber der Entwurf hat doch nur für Getreide, Rohmaterial und Rohstoffe, wie kann dann diese Beschränkung auf ein paar Artikel gerechtfertigt werden? Auch dafür weiß Herr v. Mayr sich Rat; er fügt einfach wieder hinzu: „Die Beschränkung der Rücksichtnahme, welche der deutschen Landwirtschaft nach den Erfahrungen bei den jetzt laufenden Handelsverträgen gebührend ist, rechtfertigt vielleicht für die praktische Politik den Schönheitsfehler, welchen der Mann der Wissenschaft hier entdeckt.“

Derartige sonderbare Tanzproduktionen a la Otto Troll führt Herr Mayr mehrfach an. Uebrigens gebietet die Gerechtigkeit zu erwägen, daß er in zwei Punkten wirklich nicht ganz mit dem Tarifentwurf einverstanden ist, erstens nicht damit, daß nicht auch für Vieh und Fleisch Mindestzölle eingeführt sind, und zweitens, daß nicht die Weizen und Roggen wenigstens ein Mindestzoll von 6 M. pro Doppelcentner gefordert wird.

Unpruch darauf, erster genommen zu werden, hat Ouden's Schrift, die zuerst in den „Monatlichen Nachrichten zur Regulierung der Getreidepreise“ erschienen ist; allerdings, was Zurechnungsbefähigkeit anbelangt, steht sie dem Mayrschen Exkurs kaum nach. Der Verfasser zählt in seiner Abhandlung eine Reihe hervorragender Nationalökonomien auf, von den älteren Merkantilisten bis auf Marx, die sich irgendwo für hohe Getreidepreise ausgesprochen haben, und folgert dann daraus die Verurteilung der agrarischen Bestrebungen, durch hohe Zölle die Kornpreise in die Höhe zu treiben. Thörichtlich wird natürlich dadurch, daß irgend wann, im vorigen, vorvorigen oder womöglich gar im 17. Jahrhundert ein Nationalökonom hohe Getreidepreise für nützlich gehalten hat, gar nichts für die Wichtigkeit der jetzigen Agrarzoll-Forderungen bewiesen; denn die damaligen wirtschaftlichen Verhältnisse waren eben nicht die heutigen. Wo war denn damals die heutige Weltwirtschaft, die heutige Exportindustrie, wo die heutige industrielle Lohnarbeiterschaft, wo die Möglichkeit, Kaufleute der inländischen Getreideproduktion jederzeit durch Zufuhren vom Auslande dorthin zu führen, wo der moderne Welt-Getreidehandel, die jetzige Ausdehnung der Schiffahrt usw.?

Jedem aber verfährt Ouden so oberflächlich wie möglich; jeden Nationalökonom, der sich einmal für Erhöhung der Getreidepreise ausgesprochen hat, reißt er in seine Liste der Vorläufer unfer offenkundigen jüngerlichen Agrarökonomien ein; unter welchen Umständen dieser Anspruch erfolgte, das will, warum, weshalb erscheint ihm völlig nebensächlich. So bezieht er sich denn auch auf Merkantilisten, wie Thomas Mun, W. Stafford, Pesant de Boisguillebert u. a. Worum aber handelt es sich bei diesen? Nicht um den Schutz der einheimischen Getreideproduktion, sondern um die Aufhebung der Kornausfuhrverbote. Wie bekannt, bestanden damals, um die Kornpreise und mit ihnen die Löhne der entstehenden Industrie-Arbeiterschaft niedrig zu halten, Kornausfuhrverbote, und zwar nicht nur für das ganze Reich gültige Verbote, sondern auch die Kornausfuhr von einer Provinz zur andern aufhebende oder beschränkende Ausfuhrerlasse. Dadurch wurde auf die Kornpreise ein künstlicher Druck ausgeübt, während zugleich, je nach dem lokalen Ausfall der Ernte und andern Bedingungen, in den einzelnen Landesteilen starke Preisunterschiede sich geltend machten. Dieser künstlichen Depression traten nun zum Teil die merkantilistischen Ökonomen entgegen; sie verlangten Ausfuhrfreiheit für Getreide, wenigstens in den Jahren reichlicher Ernte, einen gewissen Ausgleich zwischen den verschiedenen Landesteilen und eine durch diese zu bewirkende Stabilität der Preise. Dadurch würde, wie speziell Stafford ausführt, allerdings zunächst der Kornpreis steigen, aber mit der zunehmenden Rentabilität des Getreidebaus würde auch seine Ausdehnung wachsen, und so schließlich die Kornmenge dahin wirken, daß doch nur eine mäßige, vielleicht sogar bald wieder vorübergehende Preissteigerung statifände. Was aber hat denn diese Verurteilung des künstlichen Preisdrucks und der Ausfuhrverbote mit den Bestrebungen der Agrarier zu thun, durch Zollserhöhen den inneren Markt abzuschießen, gewissermaßen zu isolieren und auf ihm Preise herzustellen, die um ungefähr 60 Proz. höher sind, wie auf den Märkten der hauptsächlichsten industriellen Konzentrationen?

Doch Herr Ouden leistet sich sogar das Vergnügen, Adam Smith gegen die Zollgegner auszuspielen, indem er auf dessen Satz Bezug nimmt, daß die Entwidlung und Ausdehnung der Ackerbaukultur nur dann sich heben könne, wenn der Preis der Produkte so hoch steige, um die Kosten einer vollkommeneren Kultur zu lohnen. Richtig, Smith hält eine Preissteigerung der Ackerbauprodukte für nützlich, aber nur — und hierin liegt das Entscheidende — wenn diese Steigerung sich natürlich aus der wirtschaftlichen Entwicklung und der Zunahme des Volkswohls heraus ergiebt; weder will er von einer Erzielung dieses Effekts durch Ausfuhrprämien etwas wissen, noch hält er selbst einen mäßigen Einfuhrzoll für angebracht. Was Wunder, wenn Herr Professor Ouden weiterhin auch aus der 1847 in Brüssel von Marx über den englischen Freihandel gehaltenen Rede das Facit zieht, Marx würde, wenn er nicht in seine Verblendungstheorie verfallen wäre, durch die Konsequenz seiner Weltanschauung dahin gekommen sein, die Schutzzölle im allgemeinen und die Getreidezölle im besonderen zu verurteilen.

Die Ausführungen Oudens sind aller historischen Auffassung bar. Er lobt Galianis Dialoge über den Kornhandel, ist aber noch nicht bis zu dessen Erkenntnis durchgedrungen, daß alle ökonomischen Lehren und Lehren nur relative Gültigkeit haben, d. h. nur für gewisse Zeiten und unter gewissen wirtschaftlichen Bedingungen gelten, daß also demnach das, was für eine bestimmte Entwicklungsperiode richtig sein mag, für eine andere falsch sein kann. H. O.

Meine **bedeutend erweiterten** Geschäfts-
räume sind von **heute ab eröffnet.**

M. Schulmeister

Schneidermeister

Special-Haus für Herren- und Knaben-Konfektion

BERLIN SO.

(2550L)

4. Dresdener-Strasse No. 4.

(Eckhaus am Kottbuser Thor.)



M. & W. Müller's Nordlicht

ganz alter feiner, vorzüglich
schmeckender Getreide-Korn

Zu haben in allen Destillations-, Delikatessen- und
Colonialwaaren-Geschäften.

M. & W. Müller, Buckowerstr. 7

(früher Waldemarstrasse 29).

Einzige Kornbranntwein-Brennerei, Sprit- und
Presshefe-Fabrik Berlins

in der täglich bis zu 240 Ctr. Getreide zu Trinkbranntwein
verarbeitet werden.

Prämiert m. goldenen Medaillen u. Auszeichnungen.

für Güte ausgedrückt, man
erhält auch zu billigen
Preisen gute Sachen, wenn
man die richtige Bezugs-
quelle kennt. (58942*)

Knabenstühle 0,75-3,00
Herrenstühle
weiss 1,75-5,25
schwarz 2,00-5,25

Cylinderstühle
4,00-12,00

Chapeaux claque
8,00-10,00

im Einzelverkauf bei
Arnold & Eggert

Post-Engros-Geschäft
Waldemarstr. 44, part.,
Kein Laden.

Houig! Garant. unversehrt
Bienenhonig verkauft
9 Pfd. netto zu 8,50 M., 5 Pfd. netto
4 M. Garat. fr. Köln.

E. Reil, Nordloh,
Bahnhof Auguststrasse,
24642* Oldenburg.

Ich bin von der Reise zurück und
halte meine Sprechstunden jetzt
Chausseest. 111
montags 4-5, sowie montags,
mittw. freit., sonntags 11-12 1/2.
Vormittags zugleich für Unbemittelte
unentgeltlich. 10456

Dr. Zepler, Frauenarzt.



Dieser moderne Hut in verschiedenen
Farben kostet mit Reinfutter 1,75 M.
mit Atlasfutter 2 M.



Dieser steife Hut
kostet mit Futter 2 M.

Oscar Arnold
Engros Hüte und Mützen Export

Pelzwaren

nur Dresdenerstr. 116 (kein Laden)

Einzelverkauf zu erstaunend billigen Preisen bei riesiger
Auswahl in allen Formen und Qualitäten!

Sehr vorteilhafte Bezugsquelle für Wiederverkäufer.



In Berlin wird van Houten's Cacao tassenweise ausgeschenkt
in van Houten's Cacao-Stube, Werderschestr. 7, in
der Nähe von Gerson.

Kufekes

BESTE NAHRUNG FÜR
gesunde & darmkranke Kinder

Kindermehl

Schönschreiben 8 M., Buchführung 12 M.
Stenographie, Schreibmaschine, sämtliche Comptoirbücher, lehr
reichhaltig, auch älteren Berufen, Krachts Handelschule,
Rosenthalerstr. 44, Zweigstelle: Charlottenburg, Wilhelm-
Platz 2. Anfang jeden Monatsbeginns. Der Dreimonats-Kursus
in sämtlichen Fächern monatlich 25 Mark. 28732*

Cigarren billige Bezugsquelle für Händler, Re-
kautanten re. Preiskasse franco. (25632*)
H. Preuss, N., Swinemünderstr. 65 I. Fabriklager.



Jeder Arbeiter Jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die Lederhose Herkules tragen.
Klein-Verkauf. Sehr starke Ware in
professur grünen u. braunen Streifen.
Häuten u. vom am Bund aus einem
Stück gearbeitet. Reine Hosen u. Rapp-
nähte. Keine Leder- u. Pilot-Teile,
Große Hosen umsonst. Die Hosen

der Ausstattung von 4 M. 50
6 Stück 26 M.

Seit blaue Monteur-Jacke 1 M. 90
Seit blaue Monteur-Hose 1 M. 50
Seit blaue Monteur-Jacke
Prima Röper-Gewebe 2 M. 50
Seit blaue Monteur-Hose
Prima Röper-Gewebe 2 M. 10
Prima Wandhaken-Hose 9.-, 5,50, 4,25
Vestierter Wandhaken-Jacke 13.-, 9.-
Operationen-Rantel 1. Klasse
4,75-3 M. 40
Raler-Pittel 3.-, 2,50, 2 M.
Mechaniker-Pittel (braun) 3.-, 2 M. 40
Weiches Leder-Jacke, Treib-
gefütterte 7 M. 50
Weiche Lederhose, Prima Ware 3 M. 75

Baer Sohn

En gros. Export. En detail.

Chausseest. 24/25. Bräudenstr. 11.

Gr. Frankfurtstr. 20.

Die 18. Preisliste der Saison 1901/1902
über gesamte Herren- und Knaben-Be-
kleidung (Ausgabe 1 Million) wird
kostenlos und portofrei zugelandet.
Verband von 20 M. an franco. —
Bei Bestellung genügt Angabe der
Druck- u. Bandweite u. Schriftgröße.
Obige Preise gelten für normale
Größen. 24906*

Verboten!

Den werten Kollegen und Bekannten

empfehle mein

gelegenes Restaurant. Ausblick von

Vacuhofer Bier, hell und dunkel.

Gr. Wittenbergstr. 1. Jeden Freitag,

Sonntags, Sonntag und Montag:

Küchler-Kongert. Vereinszimmer,

25 Personen fassend, vorhanden.

25641* Paul Reinhardt.

Dr. Schünemann,

Spezialarzt für Haut-, Gorn- und

Frauenleiden. Seydelstr. 9.

Sprechstunden: 1/2-12-1/2, 1/2-1/2.

Dr. med. Schaper

homöop. Arzt u. Spez. Arzt f.

Haut- u. Harnleiden,

Frauenkrankheiten.

Königsgrätzstr. 27. Spr. 9-1. 4-7.

Möbel kauft man am besten und billigsten im Fabriklager des Tischlermeisters Julius Kiwy, Chausseest. 51.

Lager
in
fertiger Herren-
und
Knaben-Konfektion.

Billige Preise.

Deutsche Herren-Moden

Max Rosner, Schneidermeister

Bergstrasse 30/31.

RIXDORF

Bergstrasse 30/31.

Anfertigung eleganter Herren-Garderobe.

Eigne Werkstatt im Hause.

(2550L*)

Eigne Werkstatt im Hause.

Specialität:
Arbeiter-Berufs-
Kleidung.

— Feste Preise. —

Jedes
Wort: 5 Pfennig.
Nur das erste
Wort fett. Worte mit mehr als
16 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste
Nummer werden
in den Anzeigenstellen für Berlin
bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr,
in der Hauptredaktion Bernstr. 3
bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Herren-Garderobe, auffallende Ge-
spräch, Mahabellung Engrosfirma
Rohlfisch, Spandauerstr. 70.
Gediegene elegante und Paletots
nach Maß liefert gut und sehr billig.
Der Stoff hat keine Krümmung von
15,00 an. B. Vontowig, Schneider-
meister, Alexanderstr. 22. 8558*

Vorjährige elegante Herren-Hosen
aus feinsten Stoffen 9-12 Mark.
Verkauf Sonnabend und Sonntag.
Verkaufhaus Germania, Unter den
Eichen 21, II. 8488*

Welche Herrenhüte, gute Qualität,
Stück 95 Pfennig. Bessere Sachen
enorm billig. Gutschrift, Comptoir
Kottbusstr. 25A, früher Bern-
str. 4 und 5. 8088*

Wettfiebern, Bund von 45 Pf.
an, echt chinesische Bandagenmacher,
Bund 1,00. Fabriklager Vondörfer-
allee 37, I. 8438*

Spotbillig, Teppiche, Betten,
Stoppdecken, Gardinen, Hermenten-
schürzen, Regulatoren verkauft Ver-
kaufshaus Alexanderstr. 6. 791*

Teppiche mit Farbenflecken,
Fabriklederhose Große Frankfurt-
str. 9, part. 737*

Möbel auf Teilzahlung Wein-
str. 62. 77/*

Gardinenhand Große Frankfurt-
str. 9, part. 737*

Recherhandlung, Stoffe in
Baletots, Angeln, Damen-Jacke,
Umhänge, Kleiderstoffe, Plüsch, Sam-
met, Seide, Angeln, Paletots nach
Maß. Scholz, Gröner Weg 81. *

Kinderwagen. Sportwagen,
Nierenhandwahl, Bazar Baby, Inva-
lidenstr. 100, Frankfurtstr. 115,
Oranienstr. 31, Belle Alliance-
str. 107, Reinholdenstr. 24, o.
Charlottenburg, Wilhelmsdorferstr. 40.
Ar. 56. Teilzahlung gestattet. 7228*

Fahrräder, Jahresgarantie, 80/80.
Schädel, Schmiedstr. 8. 7795*

Nähmaschinen und Feuer-Ver-
sicherung vermittelt Gustav Schmidt,
Solmsstr. 43, Hof Keller. 8676

Nähmaschinen sämtlicher Systeme,
ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00,
sämtliche Garantie. Weidenfer,
Königschaussee 40. 10086*

Malstrafvie, blutbildend, für
Blutarme, Bruchkrank, Schwächliche,
Gewichtszunahme, bessere Gedächtnis-
farbe, Aberration, 14 Flaschen
3 Mark, 1/2 Tonne 3,50 erstklassig.
Richt Flaschenzahl, Qualität ent-
scheidet. Fortverkellerer Ringler
Bernauerstr. 119. 118/12*

Stoppdecken billig Fabrik Große
Frankfurterstr. 9, part. 737*

Schattenschiff mit Handvermittlung
billig zu verkaufen. Ba. esingen Weier,
Dresdenerstr. 39. 10446

Nähmaschinenlager sämtlicher
Systeme ohne Anzahlung, Woche 1,00
Lieferung nach allen Stadtteilen for-
fort, Landdörferstr. 82. 787*

Smittes Mahagoni-Betteln, Auf-
baum, Kleiderständer, Tische verkauft
Porath, Wilhelmstr. 13. 10986

Schleierchwänge, Rastropfen
verkauft billig Hode, Swinemünder-
str. 44. 10996

Gedächtnis, Bangegegend, liefert
verkauft. Groß, Nürnbergerstr. 38.

Fahrräderleihen, Neue Schön-
hauserstr. 11, hält auch in der
Winterzeit eine große Auswahl
verkaufter Motorräder zum spott-
billigen Verkauf.

Goldene Herrenuhren, hochpreis-
wert, Verkauft Neue Schönhauser-
str. 11. 10506*

Eiserne Ofen verkauft Binger,
Schäferstr. 18. 10506*

Vermischte Anzeigen.

Infern Sangesbruder und Partei-
genossen Adolf Krug zu Weidenfer
zu seinem 46. Geburtstag ein drei-
wöchiges, dauerndes Hoch! A. K. K. V.

Elektrotechnik, Ausbildung zum
Elektromonteur. Neuer Abendkursus
14. Oktober, Jachon, Alte Jakob-
str. 24. 10166*

Patentanwalt Dammann, Ma-
risplatz 57, Auskunft bis abends
7672*

Unfallfachen, Klagen, Eingaben,
Reklamationen, Vaguer, Städtiger
Kasse 65. 9045*

Rechtsbureau, Rechtsfälle, Ma-
terialien, Kassenbuch, dreimonatlich
Rechtsbureau, Gläubiger, Straf-
sachen, Wundengänge, Steuerfachen,
Sachverständigen, Rat, Rechtsange-
legenheiten Julius, Gläckerstr. 65.

Rechtsbureau, Wehen, Post-
bureaustr. 20b. Materialien durch
königlichen Landgerichtsdirektor a. D.
Konsultation 1,00. Unbemittelten
Donationszahlung. 10306*

Kunstkopiererei von Frau Kallst-
Steinmetzstr. 48, Quergebäude hoch-
part. 10475*

Der Stoff hat 7 fertige Herren-
anzüge und Winterpaletots mit Futter-
stoffen 15 Mark, mit Stoff 30 Mark.
Wagner, Schneidermeister, Frank-
furterstr. 59, III. 10475*

Gabe Freitag und Sonnabend
keine Gänge auf Central-Steigbof.
V. Holz. 10515

Jeden Vollen Zuschüsse laus
Prodrick, Oppelnerstr. 16. 10146*

Wettlaufbuch aller Art laus
Prodrick, Oppelnerstr. 16. 10136*

Augenabab, Oppelnerstr. 60
Bäder jeder Art für sämtliche Kranken-
lassen. 7368*

Vucherant auf 100sten Preisen.
Epstein, Markgrafenstr. 101.

Wernau, Heftale, Schwedter-
str. 23 Der 23 und 24. November
(Sonntags) frei geworden. 733*

Restaurant und Heftale von
Julius Wernau, Schwedterstr. 23/24.
Zur Herbstsaison halte mein Lokal
auf das beste empfohlen. Theater-
Vorstellungen, Tanzabende, Feiern,
Botschaften, Tische, Speisen
à la carte. Gut gefüllte Kasse.

Achtung! Empfehle meine Restau-
ration zur freundlichen Benutzung.
Bereinszimmer mit Pianino nach
einige Tage in der Woche frei. Paul
Kobus, Androsstr. 33. 8068*

Achtung! Grotes Bereinszimmer
mit Pianino, passend für Bahnhöfe, zu
vergeben für 20-40 Personen. Paul
Zimmermann, Weberstr. 40a. 8572*

Saal und Bereinszimmer empfehle
Jannasch, Inselstr. 10. 8723*

Bereinszimmer mit Piano zu
vergeben, passend für Bahnhöfe.
Rudolf Jannasch, Raumstr. 86.

Bereinszimmer zu vergeben
Höfner, Gerichtr. 36. 10423*

Bereinszimmer empfehle Große,
Bräudenstr. 2. 10536

Adlershof, Ren eröffnet Hoch-
schäcker und Speise-Stube, Wis-
marstr. 28, Rahn. 10636

2 Bereinszimmer, Regelbahn
empfehle Binger, Schäferstr. 18. *

Parteienossen möchte bekannt,
dass ich die Restauration Röhnders
Str. 167 übernommen habe. Bitte
um geeigneten Zutritt. Max Krause. *

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Kinder Stuhlflechter bittet um
Arbeit. Stühle werden zu den
billigsten Preisen geflochten, werden
abgeholt und unentgeltlich zurück-
geliefert. Adresse: Rinalstr. 27,
A. Glaser.

Stellungsangebote.

Rahmenflechter auf gedruckte
Rahmen gerichtet, wird verlangt
Röhndersstr. 100a. 10675

Klavierspieler für Sonntag ver-
langt Binger, Schäferstr. 18. 10006

Jachon-Verlegerin verlangt Band-
Röhndersstr. 8, 3. Etage. 10126

Einfache Frau vom Lande gesucht
zur Verwaltung eines kleinen Grund-
stücks außerhalb. Schmidt, Glä-
ckerstr. 18. 10756

Gebte Rationarbeiterinnen außer
dem Hause verlangt Binger, Schü-
ferstr. 18. 10026